



Jahresbericht 2009

Verband der Deutschen Freien
Öffentlichen Sparkassen e.V.



Jahresbericht 2009

Verband der Deutschen Freien
Öffentlichen Sparkassen e.V.



Inhalt



Standpunkt	4
Verbandstagung	9
Wir stellen vor	13
Die ordentlichen Mitgliedsparkassen	22
Die außerordentlichen Mitgliedsparkassen	46
Verbandsaufgaben	77
Verbandsorganisation	79

Ende der Krise?

Während diese Frage vor einem Jahr noch von den Erschütterungen der Finanzmärkte und von der Unsicherheit über die Größe und die Dauer der wirtschaftlichen Rezession geprägt war, reißt im Sommer 2010 die Meldungen über die boomende deutsche Wirtschaft nicht ab. Der Exportboom hat das Wirtschaftswachstum mächtig angekurbelt. Das Bruttoinlandsprodukt legte im 2. Quartal um 2,2 % zu – so viel wie nie seit der Wiedervereinigung. Auch der Arbeitsmarkt und das Geschäftsklima haben sich positiv entwickelt; der ifo-

den kommenden Monaten stark verschlechtern, würde dies die gesamte Weltwirtschaft treffen. Jeder fünfte chinesische Exportartikel geht in die USA. Deutschland wäre mit betroffen, weil China ein sehr wichtiger Exportmarkt ist. Zudem wird für die exportgetriebene deutsche Wirtschaft die Entwicklung in ganz Südosteuropa negativ bewertet. So ist der aktuelle Geschäftsklimaindex zwar gut, die Aussichten werden von den Unternehmen bei der jüngsten Umfrage aber vorsichtig pessimistisch eingeschätzt. Aber anders als Ende 2008 treffen

Standpunkt

Index hat das Niveau von vor der Finanzkrise erreicht. Die Unternehmen füllen ihre leeren Lager wieder auf, was die Nachfrage weiter ankurbelt. Auch die Unternehmensgewinne steigen stark an. Das gilt auch für die meisten Kreditinstitute, die – insbesondere im Investmentbanking – im letzten Jahr hohe Ergebnisse ausgewiesen haben. Das Ende der Krise kam also schneller und deutlicher, als es erwartet wurde. Oder ist die Krise doch noch nicht zu Ende?

Die Gefahren einer erneuten Rezession und lang anhaltenden Deflation sind nicht kleiner, sondern größer geworden. Die jüngsten Konjunktur- und Arbeitsmarktdaten aus den USA sind ernüchternd. Sollte sich die US-Konjunktur in

diese konjunkturellen Aussichten auf durch Bankenrettung und Konjunkturprogramme dramatisch gestiegene Staatsverschuldungen. Die insbesondere in den USA zu erwartenden neuen Konjunkturmaßnahmen drohen neue Blasen an den Finanzmärkten hervorzurufen. Schon jetzt sind die Kapitalströme nach Südamerika und die zum Teil hochspekulierten Rohstoffpreise ebenso ein Risiko wie die fallenden Häuserpreise in den USA oder die in den letzten Jahren enorm gestiegenen Immobilienpreise in China. Aber auch in Europa sind 20 % aller Immobilienkredite latent ausfallgefährdet. Gleichzeitig stehen Europas Kreditinstituten in den nächsten Jahren weitere Belas-



Präsident Dr. Tim Neseemann



tungsproben bevor. So müssen die rund 40 europäischen Banken im Rahmen von Beihilfeverfahren zum Teil erhebliche Risikoaktiva abbauen, was auf die Preise drückt. Zudem sind bis Ende 2012 fast 2 Billionen Euro an Anleihen und Notenbankgeldern fällig. Die explosive Mischung aus eventuell deutlich rückläufigem Wirtschaftswachstum, hoher Staatsverschuldung und Preisblasen steigert also das Risiko einer erneuten Finanzmarktkrise.

Quo vadis Regulierung?

Daher ist die Frage, wie es um die internationalen Bestrebungen steht, solche Krisen zukünftig zu verhindern oder zumindest zu dämpfen. Der gemeinsame Wille in der Krise, in Zukunft „alles besser zu machen“, wird von den nationalen Egoismen verdrängt. Anders ist es nicht erklärbar, dass trotz vieler Absichtserklärungen der G20-Staaten bisher wenig Greifbares geschehen ist. Statt gemeinsam Regeln zu verabschieden, die für alle Marktteilnehmer gelten, gehen die USA und Europa bei der Neuordnung der Finanzbranche verschiedene Wege und selbst in Europa kann man sich kaum auf gemeinsame Maßnahmen einigen. Die aktuellen Regulierungsvorhaben lassen sich in drei Gruppen einteilen:

1. Maßnahmen zur Regulierung bestimmter Finanzmarktgeschäfte bzw. Finanzmärkte.

2. Maßnahmen zur Vermeidung zukünftiger Schieflagen systemrelevanter Banken.
3. Maßnahmen zur Vermeidung von Finanzkrisen durch in Schieflage geratene Banken.

Maßnahmen zur **Regulierung bestimmter Finanzmarktgeschäfte** sind mangels einheitlicher internationaler Auffassungen bisher kaum ergriffen worden, von Einzelaktionen wie dem Verbot bestimmter Leerverkäufe in Deutschland und der Regulierung des OTC-Derivatehandels in den USA einmal abgesehen. Die Maßnahmen zur Vermeidung zukünftiger Schieflagen systemrelevanter Banken umfassen im Wesentlichen die unter **Basel III** bekannten Vorschläge zur Stärkung der Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung.

Durch höhere Eigenkapitalanforderungen werden die Hebelmöglichkeiten, die in der Vergangenheit zu beobachten waren und zur Instabilität des Finanzsystems beigetragen haben, wirksam eingeschränkt. Das Konsultationspapier sieht dazu neue Eigenkapitaldefinitionen vor, die das Eigenkapital in hartes Kernkapital, ergänzendes Kernkapital und Ergänzungskapital unterteilen, für die abgestufte, aber grundsätzlich deutlich höhere Qualitätsanforderungen als bisher gelten. Gleichzeitig sollen die jeweiligen Eigenkapitalquoten deutlich erhöht und um variable Kapitalpuffer ergänzt werden.

Allerdings spielt im Gegensatz zu den Erkenntnissen aus der Finanzkrise die Systemrelevanz der Banken bei der Definition der Eigenkapitalanforderungen keine Rolle. Im Gegenteil: In dem stark angelsächsisch geprägten Konsultationspapier wird die Systemrelevanz pauschal mit der Rechtsform der Aktiengesellschaft gleichgesetzt. So werden z. B.

bei Genossenschaftsbanken stille Einlagen dem harten Kernkapital zugerechnet, sofern die stillen Einlagen die entsprechenden qualitativen Voraussetzungen erfüllen. Für Aktiengesellschaften soll das nicht gelten; es werden nur Stammeinlagen und Gewinnrücklagen als hartes Kernkapital anerkannt, selbst wenn die stillen Einlagen den entsprechenden Kriterienkatalog erfüllen. Diese Regelungen würden insbesondere für die Freien Sparkassen erhebliche Nachteile bedeuten, da sie in der Rechtsform der AG geführt werden.

Obwohl davon auszugehen ist, dass die deutschen Sparkassen die noch nicht abschließend festgelegten höheren Eigenkapitalanforderungen schon heute erfüllen würden, ist diese rechtsformabhängige Unterscheidung von Eigenkapitalformen also wegen der fehlenden Prinzipienorientierung und besonders wegen der fehlenden Orientierung an der Systemrelevanz abzulehnen. Das gleiche gilt für die Einführung der nicht

am Risiko orientierten Verschuldungsgrenze (**Leverage Ratio**). Die Leverage Ratio ist eine risikoungewichtete Maßzahl zur Bestimmung der Eigenkapitalausstattung von Kreditinstituten und soll neben den oben genannten risikoorientierten Eigenkapitalanforderungen gelten. Durch die Leverage Ratio soll der mittels Fremdkapital finanzierte Bilanzanteil, also der Verschuldungsgrad der Kreditinstitute begrenzt werden. Allerdings setzt die Leverage Ratio genau dadurch Anreize für Kreditinstitute, Bilanzpositionen in Zukunft verstärkt über den Kapitalmarkt abzuwickeln, Absicherungspositionen in Derivaten aufzulösen oder sogar das Kreditangebot zurückzufahren, um die Bilanzsumme zu reduzieren. Es besteht durch die Einführung einer Leverage Ratio somit die Gefahr negativer volkswirtschaftlicher Auswirkungen, weil sie auch zu einer Reduzierung des Kreditangebots und damit zu einer Verlangsamung der wirtschaftlichen Aktivität führen könnte.

Kritisch sind auch die in Basel III enthaltenen **Liquiditätsanforderungen**. Da hier zukünftig im Wesentlichen nur noch Forderungen an Staaten und Zentralbanken als Liquiditätspuffer anerkannt werden sollen, müssen die Sparkassen erhebliche Mittel aus dann nicht mehr anerkannten Mitteln umschichten, die bisher Institutionen oder Unternehmen zur Verfügung standen. Die außerdem vorgesehenen Beschränkungen der langfristigen Refinanzierung würden zu einer Kultur kurzfristiger Zinsfestschreibungen bei Unternehmens- und Privatkrediten führen, die in den USA gerade ein Teil der Krisenursache war.

Die Maßnahmen zur Vermeidung von Finanzkrisen durch in Schieflage geratene Kreditinstitute befinden sich in Deutschland bereits im Gesetzgebungs-



verfahren. Das sogenannte „**Restrukturierungsgesetz**“ soll Instrumente bereitstellen, die geeignet sind, Kreditinstitute in Schieflage ohne Belastung der staatlichen Haushalte entweder zu sanieren oder geordnet abzuwickeln. Damit wird einer wesentlichen Erkenntnis aus der Finanzmarktkrise Rechnung getragen. Kreditinstitute konnten in der Finanzmarktkrise nur deswegen nicht in die Insolvenz gehen, weil sie allein schon durch das Überschreiten einer kritischen Größe bzw. einer intensiven Vernetzung eine derartige Relevanz für die Finanzmärkte entwickelt hatten, dass der Staat aufgrund der Unabsehbarkeit der Folgen keine Alternativen zur Stützung dieser Institute hatte (too big to fail). Ob die Instrumente des Restrukturierungsgesetzes tatsächlich wirksam sind, bleibt allerdings abzuwarten. Grundsätzlich kritisch ist jedoch die **Bankenabgabe**, aus deren Aufkommen die Restrukturierungs- und Abwicklungsmaßnahmen finanziert werden sollen. Zum einen fehlt bei der Bankenabgabe die Lenkungswirkung auf die Geschäftspolitik der Kreditinstitute, weil die Bemessungsgrundlage nicht risikoorientiert ist. Durch die Beschränkung der Bemessungsgrundlage auf die Passivseite der Bilanz wird zwar der maximale Schaden berücksichtigt, jedoch spielt die Aktivseite und damit das Anlagerisiko, d. h. die Eintrittswahrscheinlichkeit des Schadens, keine Rolle. Zum anderen ist es nicht verursachergerecht, Sparkassen und Genossenschaftsbanken in die Erhebung der Bankenabgabe einzubeziehen, weil sie sich in der Finanzkrise als stabilisierend erwiesen haben und weil sie durch ihr leistungsfähiges Institutssicherungssystem in der Zukunft keine Mittel aus dem Restrukturierungsfonds in Anspruch nehmen wer-



den. Gleichzeitig sind z. B. Hedge-Fonds und Versicherungen von der Bankenabgabe nicht erfasst. Da die Bankenabgabe voraussichtlich nur in Deutschland eingeführt wird, führt sie zudem zu einem Wettbewerbsnachteil für die deutschen Kreditinstitute.

Die im Gegensatz zur Bankenabgabe deutlich vorteilhaftere **Finanztransaktionssteuer** scheint international endgültig gescheitert zu sein. Sie hätte – trotz aller Schwierigkeiten bei der Umsetzung – vermutlich eine spekulationsdämpfende Wirkung und in jedem Fall eine relevante Fiskalwirkung entfaltet. Zusammenfassend muss man ernüchternd feststellen, dass eine international abgestimmte ursachen- und verursachergerechte Regulierung zur Vermeidung zukünftiger Finanzmarktkrisen gescheitert ist. Gleichwohl sind die Grundanliegen höherer Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen zur Prävention von Schieflagen systemrelevanter Kreditinstitute (Basel III) sowie einer geregelten Abwicklung von Kreditinstituten zur Bewältigung solcher Schieflagen (Restrukturierungsgesetz) richtig. Allerdings besteht bei den zurzeit vorliegenden Regulierungsentwürfen die Gefahr unerwünschter volkswirtschaftlicher Nebenwirkungen.

So soll die Bankenabgabe dazu genutzt werden, systemrelevante Teile von gro-

ßen Banken zu erhalten. Damit erhalten besonders große Banken faktisch eine Art Staatshaftung. Gleichzeitig wird durch die Bemessungsgrundlage der Bankenabgabe beispielsweise die Vergabe von Förderkrediten bestraft, während die Anlage von Kundengeldern in spekulativ strukturierte Wertpapiere begünstigt wird.

Die Leverage Ratio kann ebenfalls genau zu den Reaktionen führen, die man eigentlich zukünftig beschränken möchte. So könnte es wie bereits beschrieben

verstärkt zu Verbriefungen oder Auslagerungen von Bilanzpositionen kommen oder bei Retailbanken sogar zur Beschränkung des Kreditangebotes im großvolumigen, risikoornten Retailgeschäft, um die Leverage Ratio einzuhalten.

Folgen für die Sparkassen

Auch wenn die Tauglichkeit dieser Regulierungsvorhaben zur Vermeidung einer erneuten Finanzkrise sehr fraglich erscheint, ist die erhebliche Belastung der vielen Einzelthemen für die deutschen Sparkassen abzusehen.

So ist nicht nur die Bankenabgabe selbst eine Belastung für die Ergebnisse der Sparkassen, sondern sie führt auch zu einem zunehmenden Wettbewerb um Kundeneinlagen, der einen Rückgang

der Margen zur Folge hat. Weiterhin führen die erheblichen Bilanzumschichtungen durch die geplanten Liquiditätsanforderungen zu Ertragseinbußen. Auch die auf europäischer Ebene geplante Einlagensicherung würde die Sparkassen zusätzlich belasten.

Vor diesem Hintergrund haben sich die Herausforderungen auch über ein Jahr nach der Finanzkrise für die Sparkassen nicht reduziert, sondern sogar noch erhöht. Mit Blick auf ein sich konjunkturell abschwächendes Umfeld und mit Blick

auf die Gefahr einer erneuten Finanzkrise müssen die Sparkassen sich jetzt erst recht darauf konzentrieren, ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter zu



steigern. Die Sparkassen müssen also dringend ihre unglaublichen Synergiepotenziale im Mengengeschäft wirksam heben – von den riesigen ungenutzten Synergiepotenzialen bei den öffentlichen Versicherern und den Bausparkassen, über unsere Dienstleister in der Marktfolge bis hin zu den Produktlieferanten in der Sparkassen-Finanzgruppe.

Wie gesagt:

Wir haben es selbst in der Hand, die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Sparkassen sicherzustellen.

Auf Einladung der AEK Bank 1826 in Thun fand die Jahrestagung und Mitgliederversammlung 2009 in der Schweiz statt. Die Gastgeber hatten ins benachbarte Interlaken gebeten und so konnten wie in den Vorjahren wieder zahlreiche Vertreter unserer Mitgliedsinstitute aus vielen europäischen Ländern begrüßt werden.

Die Eröffnung der Tagung erfolgte durch den neuen Präsidenten des Freien Verbandes, Dr. Tim Nesemann. Anschließend begrüßte Dr. Remo L. Häcki, CEO der AEK Bank 1826 die Teilnehmer und hieß sie im Berner Oberland willkommen.

als auch verstärktes kundenorientiertes und damit nachhaltiges Handeln anstatt von der Realwirtschaft abgekoppelter Finanztransaktionen. In dieser Beziehung befinden sich die Sparkassen auf einem guten Weg, allerdings mahnte der Präsident die Bereitschaft der Sparkassenfamilie an, zukünftig stärker an einem Strang zu ziehen und die riesigen Synergiepotenziale stärker zu heben. Gerade im Bereich der Landesbanken und öffentlichen Versicherer schlummerten noch große Potenziale und Dr. Nesemann appellierte an die Verantwortlichen, die Wettbewerbsfähigkeit

Verbandstagung Thun/Interlaken 2009



Mit Claude-Alain Margelisch, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Schweizer Bankiersvereinigung, begannen anschließend die fachlichen Vorträge. So berichtete Herr Margelisch den Teilnehmern, mit welchen Problemen und Auswirkungen der Finanzkrise man in der Schweiz zu kämpfen hat und schilderte die Sichtweise der Eidgenossen zur damals aufgrund eines Datendiebstahls wieder aufgeflamten Diskussion über das Schweizer Bankgeheimnis. Im Anschluss folgte der jährliche Lagebericht des Verbandspräsidenten der Freien Sparkassen. Dr. Nesemann rief als Konsequenz aus der Krise zum Umdenken auf. So forderte er neue globale Rahmenbedingungen für alle Finanzmärkte

der S-Finanzgruppe nicht an Fragen der Beteiligungshöhe, Gremienbesetzungen oder sogar Eitelkeiten scheitern zu lassen.

Nach dem Lagebericht folgten die Grußredner. Den Anfang machte Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), der mit seiner Anwesenheit unterstrich, dass die Freien Sparkassen trotz der privaten Rechtsform eindeutig zur deutschen Sparkassenfamilie gehören. Er gab den Teilnehmern eine aktuelle Einschätzung zur Finanzkrise und der Situation der Sparkassen und Landesbanken in Deutschland.



v.l.n.r.: Dr. Markus Limberger, Sparkasse Oberösterreich AG, Dr. h.c. Beat Kappeler, Dr. Remo Häcki, AEK Bank 1826, Claude-Alain Margelisch, Schweizer Bankiersvereinigung, Dr. Tim Nesemann, Verband Freier Sparkassen, Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis, Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Den Abschluss der Grußredner bildeten Alois Hochegger, Präsident des Österreichischen Sparkassenverbandes, Rolf A.H. Soedjak, Director International Affairs bei der niederländischen SNS Reaal Group sowie Juan J. de Vicente, Repräsentant des spanischen Sparkassenverbandes CECA. Auch sie berichteten über den derzeitigen Zustand der Finanzinstitute in den Heimatmärkten und ermöglichten es so den Gästen, sich einen Überblick über die Situation in weiten Teilen Westeuropas zu verschaffen.

Nach einer kurzen Pause folgte dann der zweite Teil des Vormittagsprogramms, der traditionell durch einen vom Verband eingeladenen Festredner aus den Bereichen Politik, Wissenschaft und Praxis gestaltet wird. Für die Tagung in Thun/Interlaken konnte Dr. Beat Kappeler als Gastreferent gewonnen werden. Als freier Wirtschaftsjournalist schreibt er eine wöchentliche Kolumne in der

Neue Zürcher Zeitung und ist als Wirtschafts- und Sozialexperte gern gesehener Gast im Schweizer Fernsehen. Unter dem Titel „Black Box Schweiz“ vermittelte Dr. Kappeler den Teilnehmern auf





humorvolle Art einen Einblick in die Ansichten und Wertevorstellungen der Schweizer und erklärte so mit einem Augenzwinkern, wie einige der klassischen Vorurteile gegenüber „dem Schweizer“ zustande kamen.

Zum Abschluss der Vortragsveranstaltung wurde von Präsident Dr. Nesemann eine Ehrung ausgesprochen. Jürgen Oltmann, langjähriger Präsident des Freien Verbandes, wurde für seine Verdienste um die Freien Sparkassen mit der Verbandsehrennadel in Platin ausgezeichnet.

Neben dem offiziellen Vortragsprogramm bot die Arbeitstagung der Freien Sparkassen wieder eine gute Plattform für den Austausch von wirtschafts- und sparkassenpolitischen Informationen und Meinungen. Den anwesenden Pressevertretern wurden die Positionen der Freien Sparkassen in einem Pressegespräch deutlich gemacht. Insbesondere der CEO der gastgebenden AEK Bank 1826, Dr. Remo Häcki, kritisierte gegen-

über den Medien deutlich das Handeln der internationalen Großbanken, das zu enormen Verwerfungen an den Kapitalmärkten geführt hatte. Die öffentliche Berichterstattung über die Tagung half



Jürgen Oltmann, langjähriger Präsident des Freien Verbandes, wurde von seinem Nachfolger Dr. Nesemann für seine Verdienste um die Freien Sparkassen mit der Verbandsehrennadel in Platin ausgezeichnet.

dabei, die Anliegen und Standpunkte nach außen zu vertreten.

Das Rahmenprogramm führte die Teilnehmer durch das Berner Oberland in das Freilichtmuseum Ballenberg, wo man historische Häuser aus allen Kantonen der Schweiz wieder aufbaute und sich so die unterschiedlichen Bauweisen an einem Ort besichtigen lassen. Ein Abstecher an die Giessbachfälle brachte

die Tagungsteilnehmer zurück an den Thuner See, von dem aus man bei herrlichem Wetter mittels einer Bootstour das atemberaubende Panorama der Schweizer Alpen genießen konnte. Den Abschluss der Tagung bildete ein Abendessen im Restaurant Spycher, dessen kulinarische und folkloristische Darbietungen den Teilnehmern sicher noch lange in guter Erinnerung bleiben werden.



Fédération Caisse d'Epargne – Caisse d'Epargne d'Alsace

Auf Einladung unseres französischen Mitglieds, der „Caisse d'Epargne d'Alsace“, und des französischen Sparkassenverbandes „Fédération Nationale Caisse d'Epargne“ (FNCE) fand am 8. Juni 2010 ein grenzüberschreitender Erfahrungsaustausch über Kooperationsmodelle in Paris statt.

Kernthemen waren die inzwischen vollzogene Fusion des Sparkassenverbandes mit dem Verband der Volksbanken (Banques Populaires) sowie die grenzüberschreitenden

orientierte Auftrag verankert. Diese Verpflichtung endete 2008 mit einem Gesetz zur ökonomischen Modernisierung des Sparkassensektors.

In der jüngeren Geschichte der Sparkassen spielte das sog. Livret A eine wichtige Rolle, ein steuerbefreites Sparbuch mit einem von der Regierung festgelegten attraktiven Zins, auf das Post und Sparkassen ein Monopol besaßen. Dies wurde auf EU-Geheiß in Verbindung mit dem o.g. Gesetz 2008 allen Kreditinstituten zugänglich gemacht.

Heute besteht der französische Sparkassenverband aus 17 Sparkassen die in

Wir stellen vor



Kooperationen französischer Sparkassen.

Der Verband der Caisses d'Epargne (FNCE) und sein Auftrag

Der Generaldirektor des Verbandes, Joel Guerriau, stellte in seinem Begrüßungsreferat die Gruppe der 17 französischen Sparkassen vor. Bereits im Jahr 1818 wurde in Frankreich die erste Sparkasse in Paris gegründet, die wie in Deutschland besonders den einfachen Menschen im Volk die Anlage auch kleinerer Geldbeträge ermöglichen sollte.

Im Jahr 1999 erhielten die Sparkassen mit dem Reform-Gesetz den Status von Genossenschaften, gleichzeitig wurde im Sparkassengesetz der gemeinwohl-

275 lokalen Sparkassengruppen 4 Millionen Genossen vereinen. In dem 2008 definierten Leitbild sind die Verbandsaufgaben festgelegt:

- Mitwirkung an der Strategischen Ausrichtung des Netzwerkes
- Koordination zwischen den Sparkassen und ihren Eignern
- Organisation von Bildungsveranstaltungen für Shareholder-Repräsentanten
- Marketing der Corporate Social Responsibility
- Vertretung der Sparkasseninteressen
- Förderung der strategischen Diskussion
- Beitrag zur internationalen Kooperation

Die Gruppe Banque Populaire Caisse d'Epargne BPCE

Die BPCE ging im Jahr 2009 aus der Vereinigung der beiden Spitzenverbände der Sparkassen FNCE und der Volksbankengruppe / Banques Populaires FNBP hervor.

Aus Sicht der Freien Sparkassen war es interessant zu erfahren, wie eine Vereinigung zweier grundsätzlich konkurrierender Verbände umsetzbar ist, wenn die regionalen Institute weiterhin unter dem alten Markenauftritt als Wettbewerber agieren.

Die Gruppe BPCE wird im Anschluss ausführlich dargestellt.



Kooperation der Sparkasse Rhône Alpes mit der Genfer Kantonalbank

Eine interessante Zusammenarbeit zwischen einer französischen und einer schweizer Sparkasse stellte die Retail Banking Direktorin Sophie Debon von der Caisse d'Epargne Rhône Alpes (CERA) vor. Die Sparkasse ist mit ca. 30 Mrd. Euro Spareinlagen, 2 Millionen Kunden, 3000 Mitarbeitern und 320 Filialen die zweitgrößte Sparkasse der Gruppe.

Ihr Geschäftsgebiet grenzt direkt an das der Genfer Kantonalbank (BCGE), die mit 23 Filialen, 790 Mitarbeitern und ca. 14,1 Mrd. CHF Bilanzsumme einen gemeinsamen Wirtschaftsraum mit der CERA bildet. Das zu Beginn des Jahres 2010 gestartete Kooperationsmodell wendet sich an die ca. 100.000 Cross-Border-Worker, die in Frankreich wohnen und in der Schweiz arbeiten. Ziel ist die gegenseitige Betreuung der Bestandskunden und eine wechselseitige Gewinnung von ca. 500 Neukunden p.a.

Folgende Produkte und Services tragen die Kooperation:

- Kostenloser e-Banking-Transfer BCGE an CERA
 - Kostenloser Gehaltsübertrag an die CERA
 - Kostenlose Sortentransaktionen bei der CERA
 - Vorzugskonditionen für Überweisungen
 - Gebührenfreies Konto im ersten Jahr (Wert 100 € – 168 €)
 - Vorzugskonditionen für Wohnungsbaufinanzierungen (Zinssatz, Gebühren, Vorfälligkeitsentschädigung)
- Ausgangspunkt ist ein Beratungsgespräch mit der Bank des Heimatlandes, aus dem eine persönliche Empfehlung an einen Berater im Nachbarland hervorgeht. So ist sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Umsetzung der Kundenwünsche im Nachbarland erfolgt. Die in den ersten 5 Monaten bereits erfolgten ca. 150 gegenseitigen Kundenzuführungen beweisen, dass die beiden Institute einen für die Kunden interessanten Aspekt der übergreifenden Aktivitäten initiiert haben.



Grenzüberschreitende Kooperation zwischen der Caisse d'Epargne d'Alsace (CEA, Straßburg) und der Sparkasse Hanauerland-Kehl

Die Aktivitäten unseres Mitgliedsinstituts Caisse d'Epargne d'Alsace gehen weit über die in Rhône Alpes initiierte Kooperation hinaus. Geprägt von verschiedenen grenzüberschreitenden regionalen Projekten wie der Gründung des Eurodistriktes Strasbourg-Ortenau wurde in 2008 die Idee gegenseitiger Repräsentanzen der beiden Sparkassen über den Rhein geboren.

Die Visionen:

- Intensivierung der grenzüberschreitenden Kundenpotenziale
- Schaffung eines Mehrwerts für die Kunden auf beiden Seiten des Rheins
- Bestes Angebot für den Kunden aus beiden Häusern
- Erreichung einer win-win-Situation

Im Rahmen der Projektarbeit waren insbesondere die rechtlichen Rahmenbedingungen (Genehmigung BaFin und französische Bankbehörden sowie BPCE)

und die Schaffung der organisatorischen Voraussetzungen (Leitungstechnik, Räumlichkeiten etc.) zu klären. Die Pilotfiliale der CEA wurde im Juli 2009 eröffnet.

In beiden Sparkassen wurden zweisprachige Mitarbeiter zur Betreuung der Privatkunden eingesetzt. Beratungsgespräche finden grundsätzlich gemeinsam statt.

Die Vertriebsansätze:

- Kunden, deren Bedarf die Heimatsparkasse nicht decken kann, vor Abwanderung zu Mitbewerbern schützen
- Immobilienvermarktung in Frankreich: französische Kunden, die Eigentum in Deutschland erwerben und ihre Immobilie in Straßburg und Umgebung verkaufen wollen
- Immobilienfinanzierungen
- Rückgewinnung von Kartenakzeptanzstellen bei den Kehler Einzelhändlern durch Preisvorteile (POS-Zahlung von französischen Kunden)
- Unterstützung von Firmen bei Eröffnung von Niederlassungen in Frank-

reich und Abwicklung des Zahlungsverkehrs

Die Bevölkerung reagierte begeistert auf den gemeinsamen Auftritt der beiden Institute, zumal die Rheinbrücke ohnehin eine gemeinsame Identität in der Region geschaffen hat. 150 erfolgreiche Kundenkontakte im ersten halben Jahr beweisen die Richtigkeit des Ansatzes. In weiteren Ausbaustufen sind ein gemeinsames „Europakonto“ mit gemeinsamer Kontokarte, ein gemeinsames Studentenangebot, Großfinanzierungen im Rahmen des Eurodistriktes und ein Ausbau der Kooperation mit weiteren badischen Sparkassen, deren Geschäftsgebiet an das Elsaß grenzt, geplant. Die Caisse d'Epargne d'Alsace bietet über diese grenzüberschreitende Kooperation den deutschen Sparkassen ihre Unterstützung bei der Betreuung von Kunden in Frankreich an. Bei Aufnahme von Geschäftstätigkeiten außerhalb des Elsaß wird ein Kontakt zur zuständigen Sparkasse hergestellt.

Europäische Sparkassenvereinigung ESBG

In Vertretung für Chris de Noose, Managing Director von World Savings Banks Institute WSBI / Europäischer Sparkassenvereinigung ESBG, beschrieb Mrs. Fiona Joyce die Aufgaben und Aktivitäten der Institutionen. Bereits im Jahr 1924 entstand das International Savings Banks Institute in Mailand, 1963 wurde die Europäische Sparkassenvereinigung in Brüssel gegründet und in 1994 wurden die Büros beider Institutionen zusammengelegt. Die ESBG repräsentiert mit ihren 28 Mitgliedern ca. ein Drittel des Retailbankings in Europa, 750 Banken, 50.000 Niederlassungen, 600.000 Mitarbeiter, 6.000 Mrd. Bilanzsumme und engagiert sich für Sparkassen und Retailbanken und grenzüberschreitende Projekte. Weltweit werden vom WSBI mit 109 Mitgliedern (Banken und Verbänden) rd. 6.000 Institute vertreten. Mitglieder beider Vereinigungen haben



sich den „3 R“ verschrieben. Sie wollen effizient geführte, wettbewerbsfähige Institutionen sein:

- **Retail:** Finanzdienstleistungen für Verbraucher, Haushalte, KMUs und Verwaltungen zur Verfügung stellen
- **Regional:** ein dezentralisiertes Netzwerk von lokaler und regionaler Präsenz
- **Responsible:** sozial verantwortlicher Auftritt mit einem „Return“ an die Gesellschaft

Hierbei ist es den Vereinigungen wichtig, in einem pluralistischen Umfeld ein Rahmenwerk gemeinsamen Handelns zu schaffen, das gleichzeitig die nationalen Eigenheiten berücksichtigt.

Die Hauptaktivitäten liegen in der Repräsentanz der Interessen der Mitglieder, Schaffung internationaler Verbindungen incl. Training und Consulting und der Unterstützung und Anbahnung von Kooperationen. Insofern sind sich die Ziele des Freien Verbandes und der ESBG inhaltlich sehr nahe. In besonderer Weise setzen sich ESBG und WSBI für nachhaltige Projekte ein.

Deutsch-Französische Freundschaft

Abgerundet wurde der Erfahrungsaustausch durch ein besonderes Erlebnis: ein Empfang durch die Senatorin Cathérine Troendle und eine individuelle Führung durch das Palais du Luxembourg, seit 1800 Sitz des Senats, der zweiten parlamentarischen Kammer Frankreichs. Auch bei dieser Begegnung wurden wertvolle Fragen erörtert, die grenzüberschreitende Aktivitäten der Kreditinstitute, aber auch die besonderen Bedürfnisse der international tätigen Kunden der Institute betreffen.



Ein Grundstein für die weitere grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Alle Teilnehmer sind sich einig, dass mit diesem Erfahrungsaustausch der Anstoß gegeben wurde, zukünftig ganz bewusst und aktiv den Zweck des Freien Verbandes zu leben: grenzüberschreitende Kontakte herzustellen zum Wohl unserer Kunden und Institute.

Wir bedanken uns bei den Gastgebern für einen höchst interessanten und erfolgreichen Erfahrungsaustausch und ein informatives Rahmenprogramm in der französischen Hauptstadt. Ein Gegenbesuch in Deutschland ist bereits geplant.

BPCE – eine ungewöhnliche Fusion

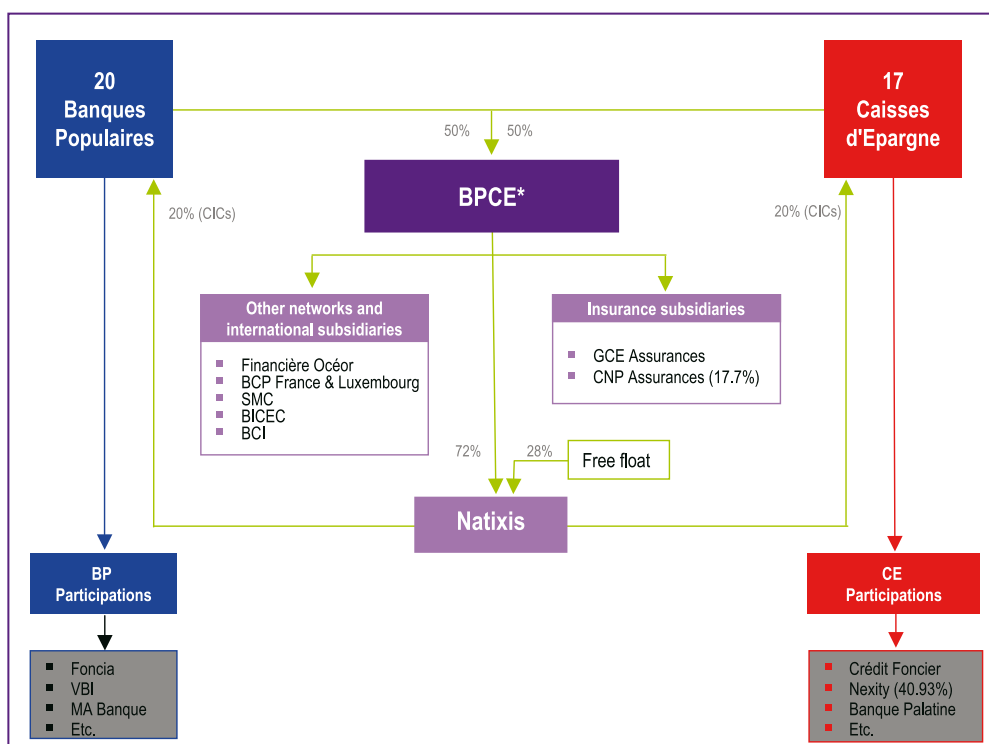
Der strategische Plan für die Jahre 2010 bis 2013 heißt „Gemeinsam“. Unter dieser Überschrift vollzog sich in 2009 eine der ungewöhnlichsten Fusionen im europäischen Sparkassensektor: Die Spitzeninstitute der französischen Sparkassen und der Volksbanken fusionierten.

Über ihr Spitzeninstitut, die Caisse Nationale des Caisses d'Epargne (CNCE), haben sich die französischen Sparkassen mit 34% an der Investmentbank Natixis beteiligt. Dieses Institut wurde von den Sparkassen zusammen mit der Volksbankengruppe Banques Populaires gegründet, um das Geschäft mit Großkunden, Finanzierungen und Vermögensverwaltung, unter einem Dach zu bündeln. In der Folge der Finanzkrise wurden sowohl für Natixis als auch für die CNCE umfangreiche Stützungsmaßnahmen fällig. Diese führten dazu, dass man – auch auf Druck des französischen Präsidenten – im Oktober 2008 Verhandlungen über eine Fusion der Spitzenorganisationen mit der Volksbankengruppe Banque Fédérale Banques Populaires (BFBP) aufnahm. Durch den Zusammenschluss entstand im Februar 2009 mit der zweitgrößten Bankengruppe ein neuer Bankengigant im französischen Retail-Banking.

Die besondere Herausforderung der Fusion lag in der Verschmelzung von zwei Spitzeninstituten, bei der die in der Rechtsform einer Genossenschaft geführten 17 regionalen Sparkassen und 20 Volksbanken und ihre Filialnetze weiterhin getrennt bleiben. Die geografische Struktur beider Institutionen war bereits vor der Fusion sehr ähnlich. Die Zielkundengruppen jedoch ergänzen sich: Während die CNCE ihren Schwerpunkt im privaten Retailgeschäft hat, betreuen die Banques Populaires eher kleine und mittlere Geschäftskunden. Dennoch werden beide Institutsgruppen auch im Wettbewerb zueinander stehen.

Die strategische Planung

In einem 6-monatigen Projekt, in das alle BP- und CE-Vorstände sowie die Vorstände der Tochtergesellschaften eingebunden waren, wurden die Grundlagen der strategischen Zusammenarbeit ge-



schaffen. Die drei Hauptziele des Projektes waren:

- das Kerngeschäft fokussieren und weiterentwickeln
- alle möglichen Synergieeffekte aus der Gründung der BPCE heben
- erfolgreich eine neue Gruppe aufbauen

Das Kerngeschäft definierte die neue Gruppe über das Retailgeschäft hinaus mit dem Depositengeschäft, Versicherungen, Corporate- und Investmentbanking, Private Banking, Asset Management und spezialisierten Finanzdienstleistungen wie Leasing und Factoring.

Besonders die unterschiedlichen Kulturen in den Verbänden galt es zu vereinen und aus dem Projekt heraus ein neues Selbstverständnis zu entwickeln. Entstanden ist ein Geschäftsmodell, das sich an den Menschen in der Organisation ausrichtet:

- 37 kooperative Institute, deren Mitarbeiter nahe an ihren Kunden und ihren Eigentümern bleiben.
- Selbstständige Banken, die von Unternehmern geführt und von Repräsentanten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens ihrer Region beaufsichtigt werden.
- Natixis bleibt die Investment Bank der Gruppe für Großkunden, Investoren und ein kommerzielles Netzwerk.
- Die Tochtergesellschaften können sowohl spezialisiert sein (Banque Palatine für kleine und mittlere Unternehmen) als auch nicht (Société Marseillaise der Credit).
- Netzwerke außerhalb Frankreichs werden in der Gruppe in BPCE International & Outre-mer gebündelt, von wo auch die überseeischen Niederlassungen betreut werden.



Ein neues gemeinsames Geschäftsmodell

In diesem Geschäftsmodell stellt die BPCE das komplette Angebot einer Bank zur Verfügung, das das Depositen- und Firmenkundengeschäft, Versicherungen, individuelles Investmentbanking und spezielle Finanzdienstleistungen mit Natixis einschließt.

Die Geschäftsphilosophie der BPCE manifestiert sich in den 3 Säulen Erreichbarkeit, Unternehmertum und Effizienz. Durch eine bessere Erreichbarkeit für die Kunden werden die Institute der BPCE die bevorzugten Finanzinstitute der Franzosen und ihrer Unternehmen. Das Unternehmertum trägt dazu bei, dass neue Geschäftsfelder im In- und Ausland für Natixis und im Großkundengeschäft erschlossen werden. Dies wird flankiert durch die Förderung von Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit. Langfristig führt die Geschäftsstrategie zu einer höheren Effizienz, die sich in einer intensivierten Kooperation der Banken mit Natixis und einem Aufwand in der Gruppe von max. 1 Billion Euro in 2013 manifestieren wird.

Nach und nach wird die Struktur der BPCE vereinfacht. Alle Töchter werden in



einer gemeinsamen Gruppe gebündelt, wodurch die Effizienz noch einmal deutlich gesteigert wird. Gleichzeitig werden die Interessen der Shareholder dabei angemessen berücksichtigt. Noch offen ist, inwieweit durch den Zusammenschluss die Produktlandschaft vereinheitlicht

wird; jede Gruppe arbeitet z.B. noch mit einem anderen Versicherer zusammen. Dem französischen Staat gegenüber will die Gruppe BPCE durch die Ausgabe von Vorzugsaktien ab 2010 mit der Rückzahlung der Staatshilfe beginnen.



Mitgliedssparkassen in Europa

Die ordentlichen Mitgliedsparkassen

Die ordentlichen Mitgliedsparkassen

Stand: 31.12.2009

Sparkassen	Bilanz- summe Mio. EUR	Kredit- volumen 1) Mio. EUR	Gesamt- einlagen 2) Mio. EUR	Eigen- kapital 3) Mio. EUR	Anzahl der Mitarbeiter 4)	Anzahl der Bank- stellen 5)
Aktiengesellschaften						
Bordesholmer Sparkasse AG Bahnhofstraße 43-47 24582 Bordesholm	711	388	364	48	164	8
Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG Markt 29, 25821 Bredstedt	481	433	175	21	84	2
Die Sparkasse Bremen AG Am Brill 1-3, 28195 Bremen	10 850	7 626	7 118	539	1 444	60
Hamburger Sparkasse AG Ecke Adolphsplatz/Gr. Burstah 20457 Hamburg	37 514	24 213	29 961	1 597	5 547	180
Sparkasse zu Lübeck AG Breite Straße 18-28, 23552 Lübeck	2 214	1 547	1 439	138	469	15
Sparkasse Mittelholstein AG Röhlingsplatz 1, 24768 Rendsburg	1 907	1 382	1 070	85	268	11
Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts						
Sparkasse Westholstein Dithmarscher Platz 2, 25524 Itzehoe	2 688	2 018	2 036	154	678	28
Insgesamt 7 Institute	56 365	37 607	42 163	2 582	8 654	304

1) Forderungen an Nichtbanken, Wechselkredite, Durchlaufende Kredite, Avale

2) Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken, Inhaberschuldverschreibungen und Sparkassenobligationen, ohne nachrangige Verbindlichkeiten

3) Rücklagen gem. § 10 KWG, ohne Genussrechtskapital und nachrangige Verbindlichkeiten

4) ohne Konzernmitarbeiter

5) ohne Selbstbedienungs-Service-Stellen

Von der Finanzkrise in die Wirtschaftskrise

Auch das Jahr 2009 wurde durch die Finanzkrise dominiert, die weiterhin ihre Folgen entfaltete. Zu Beginn des Jahres 2009 erreichte die weltweite realwirtschaftliche Rezession ihren Höhepunkt. Nach Schätzungen der OECD sackte das Welthandelsvolumen um ca. 12,5% im Vergleich zum Vorjahr ab und viele Industrieländer hatten mit einem schrumpfenden Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu kämpfen. Das exportorientierte Deutschland litt unter diesen Entwicklungen besonders stark. So sank das deutsche

läufig. Branchen, die vorwiegend binnenwirtschaftlich und auf den Konsum ausgerichtet waren, blieben von der Rezession weitestgehend unberührt. Der private Konsum zeigte sich fast völlig stabil.

Das Einkommen der großen Zahl der deutschen Haushalte musste im letzten Jahr keine Einbußen hinnehmen, der Rückgang des BIP und des Volkseinkommens fand fast ausschließlich bei den Gewinn- und Vermögenseinkommen statt. Vor allem die vor der Krise sehr gute Ertragslage der deutschen Unternehmen wirkte im Jahr 2009 als Puffer

Die ordentlichen Mitgliedssparkassen

Bruttoinlandsprodukt nach ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes um 5%.

Betrachtet man die realen Exporte Deutschlands, dann nahmen diese im Jahresvergleich 2009 gegenüber 2008 um 14,7% ab, in typisch exportorientierten Branchen wie Maschinenbau und Elektrotechnik sogar um 30% und mehr. Durch diese enormen Einbrüche auf dem Weltmarkt waren die Produktionskapazitäten natürlich extrem niedrig ausgelastet und machten viele Investitionsmotive und -planungen überflüssig. Ausrüstungsinvestitionen wurden mit einem Rückgang um 20% entsprechend wenig vorgenommen, die Bruttoanlageinvestitionen waren insgesamt um 8,6% rück-

und so konnte der große Rückschlag weitestgehend weggesteckt werden. Zur Entlastung der Betriebskosten und zur Stabilisierung der Kaufkraft trugen daneben im Jahr 2009 stark rückläufige Energiepreise bei.

Erholung im Jahresverlauf

Im zweiten Quartal 2009 besserte sich die Stimmung in den Unternehmen, die Verlaufsrate des BIP gegenüber dem unmittelbar vorangegangenen Vierteljahr wurde wieder positiv. Damit war die Rezession formal bereits wieder beendet, obwohl die Auswirkungen des gedrückten Produktionsniveaus natürlich auch im weiteren Jahresverlauf noch spürbar waren und sich auch im Jahr 2010 noch



bemerkbar machen werden. Im dritten Quartal beschleunigte sich die Erholung des BIP dank der positiven Grundstimmung weiter. Zusatzfaktor war dabei ein Umschwung im Lagerzyklus: Die auf dem Höhepunkt der Rezession von den Unternehmen abgeschmolzenen Lagerbestände wurden ab dem Sommer 2009 sukzessive wieder aufgefüllt und entfalteten damit zusätzliche Nachfrage und Produktionsbedarf.

Erstaunlich begrenzt blieben die Auswirkungen der Rezession auf den Arbeitsmarkt. Trotz der Tatsache, dass Deutschland im internationalen Vergleich einen der höchsten Einbrüche im BIP zu verkraften hatte, war der Anstieg an Arbeitslosen einer der geringsten. Die Hoffnung auf eine Erholung der Konjunktur hat viele Unternehmen veranlasst, weite Teile der Belegschaft über die Talsohle hinweg zu halten. Hilfreiche Maßnahme der deutschen Regierung war dabei die Laufzeitverlängerung der flexiblen Kurzarbeitsregelungen, bei denen der Staat einen erheblichen Anteil der Überbrückungskosten übernimmt. Damit lässt sich allerdings nur ein Teil der Arbeitsmarktstabilität im vergangenen Jahr erklären. Vorrangiger Grund für die Stabilität waren die in den Vorjahren geschaffenen Reserven im Bereich der Produktivität und der Lohnkosten. Daraus resultierte eine hohe preisliche Wettbewerbsfähigkeit, die den Schock absorbieren konnte.

Im Jahresverlauf 2009 sank die Zahl der Erwerbstätigen nur leicht, im Vergleich zum Vorjahr lediglich um 37.000. Das Arbeitsvolumen hingegen betrug im Jahresschnitt 2009 pro Kopf 50 Stunden weniger und sank damit deutlich stärker. Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich im Jahr 2009 um nicht einmal 200.000, allerdings ist der Vergleich durch eine

Neuabgrenzung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente leicht verzerrt. Vor dem Hintergrund der stark rückläufigen Produktion zu Beginn des Berichtsjahres blieb die Beschäftigungslage – auch im internationalen Vergleich – erstaunlich positiv.

Staatliche Konjunkturlösungen

Neben der raschen Erholung der Weltkonjunktur haben sicher auch die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage beigetragen. Neben der Verlängerung der Laufzeit der Kurzarbeit wurden Ende 2008 und Anfang 2009 Konjunkturpakete in der Größenordnung von gut 80 Mrd. EUR beschlossen. Dabei erwies sich das Timing zur finanzpolitischen Stabilisierung als sehr gut. Einzelne umstrittene Maßnahmen, wie die Abwrackprämie, haben rückwirkend betrachtet eher Werte vernichtet und die Nachfrage zum größten Teil lediglich verlagert. Das im Anschluss folgende Absatzloch dürfte die Lage der Automobilbranche noch verschärfen. Allerdings hat die Maßnahme sehr schnell gewirkt und die privaten Haushalte in der entscheidenden Phase der Krise zu mehr Ausgaben stimuliert, was an der im ersten Halbjahr 2009 leicht gesunkenen Sparquote zu sehen war. Nach Ablauf der Abwrackprämie stieg die Sparquote wieder, blieb aber mit 11,2% im Gesamtjahr auf Vorjahresniveau. Einen nachhaltigeren Effekt hatten hingegen die investiven Maßnahmen, die ab der 2. Jahreshälfte zu wirken begannen.

Die Krise der Realwirtschaft hatte für den Staatshaushalt extrem belastende Folgen. Neben den bereits erwähnten Konjunkturpaketen drückten Steuerausfälle durch das deutlich niedrigere Produktionsniveau und die schlechtere Ertragslage der Unternehmen sowie

Mehrausgaben in den sozialen Sicherungssystemen den staatlichen Finanzierungssaldo tief ins Minus. Allerdings lag das Defizit mit 3,2% des BIP nur leicht über der vorgesehenen Maximalgröße von 3% und war damit im internationalen Vergleich noch recht solide. Die Problemländer Griechenland, Island und Irland aber auch Schwergewichte wie die USA und Großbritannien verzeichneten dagegen teilweise Defizitsalden, die zweistellige Prozentraten des jeweiligen BIP ausmachten!

Niedrige Inflation

Durch die nicht ausgelasteten Produktionskapazitäten herrschte 2009 in vielen Branchen ein intensiver Preiswettbewerb, der im Sommer auf Verbrauchersebene sogar zu negativen Inflationsraten im Vergleich zum Vorjahr führte. Da zu dieser Zeit die realwirtschaftliche Erholung noch nicht sicher erkennbar war, gab es Befürchtungen einer deflationären Abwärtsspirale. Allerdings war diese Sorge unbegründet, da die negativen Veränderungen vor allem auf den Basiseffekt hoher Vorjahresvergleichswerte zurückzuführen waren. Speziell die Energiepreise hatten im Sommer 2008 ein Spitzenniveau erreicht, weshalb die Preise im Jahre 2009 dann dank fallender Energiekosten stark rückläufig erschienen. Im Gesamtjahresdurchschnitt lag die Verteuerung des repräsentativen Warenkorbkorbs geringfügig um 0,4% höher. Deflationsgefahren, wie sie sich noch Anfang der 30er Jahre in der Weltwirtschaftskrise oder in Japan in den 90er Jahren als Abwärtsspirale manifestiert hatten, wurden durch das entschlossene Verhalten der Notenbanken minimiert. Die stabilen Preise gaben ihnen die Möglichkeit, Finanzkrise und Rezession mit starken Zinssenkungen zu bekämpfen.

Die EZB hatte im Herbst 2008 nach der Zuspitzung in Folge der Lehman-Insolvenz schrittweise mit Senkungen begonnen, die im Mai 2009 die Leitzinsen schließlich auf die Marke von 1% heruntergeführt hatten.

Geldpolitische Maßnahmen in der Krise

Neben den Leitzinssenkungen war die EZB im Herbst 2008 dazu übergegangen, ihre Hauptrefinanzierungsgeschäfte nicht mehr als Zinstender zu versteigern, sondern Mengentender zu festen Sätzen zuzuteilen. Diese Tender waren vom Volumen her unbegrenzt und so konnte die komplette Nachfrage der Geschäftsbanken bedient werden und wurde nur von der Höhe der geeigneten Sicherheiten begrenzt. Dadurch wurde der Geldmarkt regelrecht geflutet, die Zentralbankgeldmenge stieg sprunghaft an. Ein Großteil der aufgenommenen Gelder wurde von den Geschäftsbanken sogleich wieder auf der Einlagenfazilität der EZB stillgelegt, da man auf dem Höhepunkt der Finanzkrise zusätzliche Liquiditätsreserven suchte. Somit kamen die zugeteilten Gelder der Notenbank zumeist nicht in den Umlauf und die Geldmenge M3 verlangsamte sogar noch ihr Wachstum, was für Rezessionsphasen durchaus typisch ist.

Im Sommer 2009, als das Leitzinsniveau nahe der Nullmarke angelangt war, sah die EZB die Notwendigkeit, für eine weitere notwendig erscheinende Expansion der Geldmenge zusätzliche Instrumente einzusetzen. Durch eine Ausweitung der Laufzeit der Tenderoperationen konnten nicht nur wie gewohnt kurzfristige, sondern auch mittelfristige Zinserwartungen gesteuert und gesenkt werden. Im Juni, September und Dezember bot die EZB den Geschäftsbanken volumenmäßig

unbegrenzte Mengentender mit einem Festzinssatz von 1% für eine Laufzeit von 12 Monaten an. Zusätzlich wurde im Juni 2009 ein Ankaufprogramm von gedeckten Schuldverschreibungen gestartet, das im Verlauf eines Jahres Wertpapiere im Volumen von 60 Mrd. Euro aufnehmen sollte. Das Aufkommen von Deflationserwartungen konnte so vermieden werden, die Wertpapiermärkte wurden gestützt und der Interbankengeldmarkt entspannte sich zusehends. So bauten sich im Jahresverlauf die ungewohnt hohen Risiko- und Liquiditätsprämien sukzessive ab und die Lage normalisierte sich.

Keine Kreditklemme

Die von den Notenbanken durchgeführten Leitzinssenkungen wurden zumindest im kurzfristigen Laufzeitbereich an die Endkunden weitergegeben. Da der Zusammenhang zwischen Leitzinsen und Kundenkonditionen bei längeren Zinsbindungsfristen naturgemäß weitaus lockerer ist, sank das Zinsniveau in diesen Bereichen nicht so stark, wie es vielleicht von Seiten der Politik gewünscht gewesen wäre. Dies lag teilweise an der Einpreisung von höheren Risikomargen durch die objektiv gestiegene Risikosituation in einer tiefen Rezession. Trotzdem kamen auch im längerfristigen Bereich die erfolgten Leitzinssenkungen spürbar beim Endkunden an.

Obwohl seit dem Sommer 2009 vermehrt befürchtet, kam es im Berichtsjahr zu keiner Kreditklemme. Natürlich verringerte sich das Wachstum der Kreditbestände im letzten Jahr, dies ist aber vor allem auf eine für eine Rezession typische nachlassende Investitionstätigkeit der Unternehmen und damit auf eine nachlassende Nachfrage nach Krediten zurückzuführen. Die allgemeine Kreditlage ist im Vergleich zu früheren Ab-

schwungphasen keineswegs dramatisch. Auch wenn man die Situation in Deutschland international vergleicht, sieht die deutsche Vergabedynamik weitaus besser aus als in anderen Ländern. Speziell Volkswirtschaften, die zuvor eigene kreditgetriebene Boom- und Spekulationsblasen erlebt haben, verzeichneten im letzten Jahr weitaus drastischere Rückschläge in der Kreditversorgung. Dort folgte der vorangegangenen Aufblähung ein sogenanntes „Deleveraging“: ein Abbau der per Verschuldungshebel aufgebauten Positionen, da die Bankbilanzen durch Eigenkapitalverluste zwangsläufig verkürzt werden müssen. Dieser Effekt betrifft sicher auch in Deutschland einige Institute. Allerdings stehen den Kunden hierzulande mit den dezentral und regional ausgerichteten Volksbanken und Sparkassen entscheidende Kreditanbieter zur Verfügung, die zumeist ohne direkte Verluste durch die Finanzkrise gekommen sind. Da sie ohnehin im Segment der Kreditfinanzierung des Mittelstandes Marktführer sind, konnte ein Verkürzungseffekt in Deutschland durch zusätzliche Anstrengungen der Sparkassen- und Genossenschaftsverbände bisher trotz aller Befürchtungen vermieden werden.

Rahmenbedingungen

Die Bordesholmer Sparkasse AG betreibt als Sparkasse das Universalbankgeschäft und bietet ihren Kunden neben umfassender Betreuung in 8 Filialen mit 164 Mitarbeitern die komplette Palette von Finanzdienstleistungen an. Dazu arbeitet sie im Verbundgeschäft mit starken Partnern wie der LBS Schleswig-Holstein, der Hamburger Sparkasse AG sowie der HSH Nordbank und LGS Leasinggesellschaft der Sparkasse GmbH zusammen. Bedingt durch die Übernahme der Sparkasse St. Margarethen-Wacken ist das Filialnetz mittler-

Einwohner der Region verkehrstechnisch hervorragend vernetzt. Der Haupteinzugsbereich der Bordesholmer Sparkasse AG zählt auf 40 km² insgesamt ca. 15.000 Einwohner und ist eher dünn besiedelt. Daher bestimmen in der Region landwirtschaftliche Betriebe das Bild, verarbeitendes Gewerbe ist nur in geringem Umfang vorhanden.

Diese Struktur sorgte dafür, dass die Bordesholmer Sparkasse AG und ihre Kunden vom Einbruch des Welthandels nur wenig getroffen wurden. Allerdings hatten die landwirtschaftlichen Betriebe im vergangenen Jahr mit einer hausge-



**Bordesholmer
Sparkasse AG**



weile quer über das Bundesland Schleswig-Holstein verteilt. Im Bereich St. Margarethen/Wacken sowie in den Regionen Bordesholm und Flintbek ist man Marktführer, während man im Kieler Umfeld sowie in Neumünster angesichts der starken Wettbewerbssituation lediglich als kleinerer Anbieter auftritt.

Westlich der Gemeinde Bordesholm, in der ca. 7.500 Menschen leben, liegt das Bordesholmer Dreieck, an dem die Bundesautobahn 215 nach Kiel von der Bundesautobahn 7 von Hamburg nach Flensburg abzweigt. Zusätzlich ist Bordesholm an die Schienenverbindung Hamburg-Kiel angeschlossen und damit für die

machten Krise zu kämpfen – der Milchpreiskrise. Fallende Preise für einen Liter Milch um bis zu 50% führten bei vielen Landwirten zu existenziellen Liquiditätsengpässen. Die Bordesholmer Sparkasse AG hat sich in dieser Situation als verlässlicher Partner gezeigt und in der Krisenzeit fest an der Seite der Landwirte in ihrem Geschäftsgebiet gestanden.

Da sich die Region, wie weite Teile Schleswig-Holsteins, ideal für die Produktion regenerativer Energien anbietet, ist die Bordesholmer Sparkasse AG darüber hinaus seit Jahren im Konsortialverbund in der Finanzierung von Windkraftanlagen und Biogasanlagen tätig.

Das Geschäftsjahr 2009

Für die Bordesholmer Sparkasse AG stand im Berichtsjahr die Steigerung der Vertriebskraft im Mittelpunkt ihrer Geschäftstätigkeit. Als Vertriebsparkasse hat unser Mitgliedsinstitut seine Aktivitäten konsequent an den Bedürfnissen der Kunden ausgerichtet, um so die Kundenbeziehungen weiter zu intensivieren. Der Erfolg dieser Bemühungen spiegelt sich in vielen Bilanzpositionen wider. So stiegen Bilanzsumme und Geschäftsvolumen jeweils um über fünf Prozent auf 711,3 Mio. EUR (+5,0%) bzw. 720,0 Mio. EUR (+5,5%). Die Forderungen an Kunden nahmen im vergangenen Jahr deutlich um 24,8 Mio. EUR oder 6,8% auf 388,3 Mio. EUR zu. Dies war der stärkste Zuwachs, den die Bordesholmer Sparkasse AG in den letzten zehn Jahren erreicht hat. Mit Darlehenszusagen in Höhe von 68,3 Mio. EUR ist das bereits hohe Niveau des Vorjahres

(53,8 Mio. EUR) noch einmal angehoben worden. Neben einer starken Nachfrage nach Wohnungsbaufinanzierungen war dafür ein herausragendes gewerbliches Kreditgeschäft verantwortlich.

Das Gesamtmittelaufkommen von Kunden (einschließlich verbriefter Verbindlichkeiten und nachrangiger Verbindlichkeiten) ist gegenüber dem Vorjahr um 8,3 Mio. EUR oder 2,2% auf 380,2 Mio. EUR gestiegen. Der Anstieg resultiert aus einer Erhöhung von Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um insgesamt 13,0 Mio. EUR, wobei auch die Kunden der Bordesholmer Sparkasse AG dazu tendieren, ihre Gelder zurzeit eher kurzfristig anzulegen. Täglich fällige Einlagen waren mit einer Erhöhung von 14,4% hauptverantwortlich für das Einlagenwachstum, während die Spareinlagen insgesamt minimal rückläufig waren.



Detlev Küfe
Vorstandsvorsitzender
und
Sven Jahnke
Vorstandsmitglied

In der Erfolgsrechnung unseres Mitgliedsinstituts hat die Finanz- und Wirtschaftskrise – trotz geringer Auswirkungen auf die Region – auch in 2009 ihre Spuren hinterlassen. So mussten im Wertpapierbereich als auch im Kundenkreditgeschäft Bewertungen vorgenommen werden, die man in der Höhe so nicht erwartet hatte. Deshalb ist die Ertragslage als nicht zufriedenstellend zu bezeichnen.

Der Zinsüberschuss sowie die laufenden Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen stiegen um 385 TEUR auf 14,0 Mio. EUR, was höheren Zinserträgen im Wertpapierbereich als auch dem gestiegenen Kundenkreditgeschäft zu verdanken ist. Auch der Provisionsüberschuss konnte durch höhere Erträge aus dem Verbundgeschäft um 140 TEUR auf 3,9 Mio. EUR erhöht werden.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr leicht auf 12,4 Mio. EUR. Die darin enthaltenen Personalaufwendungen einschließlich der sozialen Abgaben

und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung blieben dabei konstant bei 7,7 Mio. EUR. Dagegen stieg der Sachaufwand um 210 TEUR auf 4,7 Mio. EUR.

Aufgrund des gestiegenen Zins- und Provisionsüberschusses erhöhte sich das Betriebsergebnis vor Bewertung um 400 TEUR auf 6,1 Mio. EUR und überstieg damit die Erwartungen zu Beginn des Jahres deutlich. Durch einen um 1,8 Mio. EUR erhöhten Bewertungsaufwand von 6,4 Mio. EUR, für den insbesondere realisierte Verluste in einer Größenordnung von 4,0 Mio. EUR bei einem Wertpapierspezialfonds sowie krisenbedingte Einzelwertberichtigungen im Kundenkreditgeschäft verantwortlich zeichnen, ergab sich für das Geschäftsjahr 2009 ein Bilanzgewinn von 113 TEUR nach 35 TEUR im Vorjahr. Die Cost-Income-Ratio betrug am 31.12.2009 nur 67,0% und blieb damit erfreulicherweise unter der angestrebten Zielgröße.

Rahmenbedingungen

Mitten in der Region Nordfriesland ist die mit 5.000 Einwohnern kleine Stadt Bredstedt gelegen. Da dieser Landstrich Schleswig-Holsteins dünn besiedelt ist und vor allem landwirtschaftlich genutzt wird, hat die Finanz- und Weltwirtschaftskrise die Region im letzten Jahr nur bedingt getroffen. Durch die Nähe zu den Nordseeinseln und Halligen ist der Tourismus eine der Hauptbranchen in der Region, erwirtschaftet 20% des Volkseinkommens an der Westküste und beschäftigt 25.000 Arbeitskräfte. Bredstedt selbst ist Luftkurort seit

sichten sehr gut, dass sich in naher Zukunft neue Zulieferer, Dienstleister und Serviceunternehmen für die Windbranche in Nordfriesland niederlassen werden und der Region weitere Arbeitsplätze bringen.

Die Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG betreibt ihre Geschäfte als Universalbank im Kreis Nordfriesland und den angrenzenden Kreisen. Mit ihren rund 80 Mitarbeitern in 2 Filialen bietet sie ihren Kunden die komplette Produktpalette einer modernen Universalbank an. Möglich macht dies die Zusammenarbeit im Verbund mit der LBS Schles-



Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG



2001 und durch seine zentrale Lage ein idealer Ausgangspunkt für Urlauber.

Zudem ist Nordfriesland auch für Unternehmen ein idealer Standort. Vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien – insbesondere der Windkraft – hat die Region in Deutschland eine Vorreiterrolle eingenommen. Mehr als 5.500 Arbeitnehmer sind in Schleswig-Holstein in der Windkraftbranche tätig und es hat sich ein bundesweit einmaliges Branchencluster mit Zentralen der namhaften Windkraftanlagenhersteller sowie weiteren zugehörigen Betrieben etabliert. Durch die Nähe der Region zu vier schon genehmigten und weiteren fünf geplanten Offshore-Windparks stehen die Aus-

wig-Holstein, DekaBank, Provinzial NordWest sowie der Hamburger Sparkasse AG, mit der man Mitte 2009 über deren Holding einen „Vertrag über die Begründung einer stillen Gesellschaft“ abschloss.

Durch die starke Präsenz der Windenergiebranche in der Region ist unser Mitgliedsinstitut in den letzten Jahren darüber hinaus verstärkt im Bereich der Finanzierung regenerativer Energien tätig. Dabei hat die Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG sowohl in der Finanzierung einzelner Windräder als auch – in Kooperation mit anderen Sparkassen – im Bereich der Projektfinanzierung ganzer Windparks große Expertise erworben.

Das Geschäftsjahr 2009

Angesichts dieses insgesamt schwierigen Umfeldes und der ungünstigen Wirtschaftslage mit entsprechenden Auswirkungen auf die Geschäftsentwicklung kann die Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG auf ein bedingt zufriedenstellendes Geschäftsjahr 2009 zurückblicken.

Im Berichtsjahr konnte die Sparkasse wie in den Vorjahren eine steigende Bestandsentwicklung aufweisen. Die Bilanzsumme stieg um 11,1% oder 41,2 Mio. EUR auf 481,6 Mio. EUR, das Geschäftsvolumen entwickelte sich ähnlich mit einem Anstieg um 11,3% auf 503,0 Mio. EUR. Das Kreditvolumen entwickelte sich auch in 2009 weiterhin positiv und lag mit 437,8 Mio. EUR um 17,8% über dem des Vorjahres. Die Kunden der Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG nutzten vor allem bei den Wohnungsbaufinanzierungen die äußerst günstigen Konditionen für langfristige Zinsbindungen, ansonsten war die Steigerung im Kreditgeschäft eher durch den Personalkreditbereich getrieben.

Auch die Einlagenseite konnte im Jahr 2009 zulegen, allerdings blieben die Mengenzuwächse hinter dem des Kreditgeschäfts zurück. Die Kunden erhöhten ihre Einlagen um 2,6% auf 175,0 Mio. EUR gegenüber 170,2 Mio. EUR in 2008. Während auf der Aktivseite im Interbankengeschäft die Forderungen an Kreditinstitute um 25,1 Mio. EUR auf 18,1 Mio. EUR vermindert wurden, erhöhte sich der Bestand an Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 35 Mio. EUR und betrug Ende 2009 268,1 Mio. EUR. Diese Mittel dienen überwiegend der Finanzierung des langfristigen Kreditgeschäfts und haben kongruente Fristen.

Die Ertragslage der Spar- und Leihkasse ist vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Situation im Jahr 2009 bedingt zufriedenstellend. Das Zinsgeschäft als weiterhin wichtigste Ertragsquelle der Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG ergab durch den gestiegenen Geschäftsumfang und die im Vergleich zu 2008 steileren Zinsstrukturkurve einen um 11,4% erhöhten Überschuss. Die Provisionsüberschüsse sanken hingegen um 7,3% auf 2,0 Mio. EUR. Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen stiegen um 4,2% auf 7,0 Mio. EUR. Größter Block in diesen Aufwendungen waren die Personalkosten, die sich durch Neueinstellungen und Altersteilzeitverträge auf 4,6 Mio. EUR (9,7%) erhöhten. Der Jahresüberschuss nach Steuern betrug im Berichtsjahr 0,4 Mio. EUR nach 0,1 Mio. EUR in 2008. Die Cost-Income-Ratio verbesserte sich auf 65,7% (2008: 69,0%).



Frank Stäcker,
Vorsitzender des Vorstandes,
Martin von Atens,
Mitglied des Vorstandes

Rahmenbedingungen

Auch die konjunkturelle Entwicklung in Bremen stand ganz im Zeichen der Verwerfungen aus der weltweiten Wirtschaftskrise. Die Unternehmen in der Hansestadt Bremen verzeichneten einen spürbaren Nachfragerückgang und so nahm die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen im Jahresverlauf deutlich zu. Entsprechend stieg auch die Arbeitslosigkeit in Bremen entsprechend dem Bundestrend um 0,4% auf 11,8% Ende 2009. Bremen als bedeutender Industrie- und Logistikstandort mit seiner ausgeprägten Hafenwirtschaft

Die Bedeutung der bremischen Häfen als Schnittstelle zum Welthandel wird in der Zukunft weiter wachsen. Dabei muss es das Ziel der Hansestadt sein, den maritimen Industrie- und Logistikstandort weiter zu stärken und durch den mittelfristigen Ausbau der Hinterlandverbindungen leistungsfähiger zu machen. Daneben müssen neue Märkte erschlossen werden wie z.B. durch den Aufbau einer Basis für Offshore-Aktivitäten an der Nordseeküste.

Neben der Stärkung des Wirtschaftsstandortes kommt auch der städtebauli-



Die Sparkasse
Bremen AG



und seinen stark auf Außenhandel ausgerichteten Unternehmen wurde vom rückläufigen Welthandel besonders stark getroffen. Die bremischen Häfen verzeichneten in 2009 zweistellige Umsatzrückgänge, der Containerumschlag fiel auf das Niveau des Jahres 2006 zurück. Der durch den Automobil- und Stahlbereich dominierte Massengut- und Stückgutumschlag ging ebenfalls zu Beginn des Jahres 2009 drastisch zurück. Die im Berichtsjahr weltweit gestarteten Konjunkturprogramme, von denen Bremen als Im- und Export-Standort im Verlauf des Jahres 2009 profitieren konnte, haben aber im Laufe des Jahres zu einer spürbaren Belebung des weltweiten Handels geführt.

chen Entwicklung Bremens eine gewichtige Rolle zu. Aktuelle Prognosen sehen die Bedeutung von attraktivem, städtischem Wohnen kontinuierlich wachsen und sagen Bremen ein leichtes Bevölkerungswachstum bis 2030 voraus. Bremen unterstützt diesen Trend durch die Schließung von vorhandenen Baulücken und die Schaffung neuer citynaher Wohnquartiere.

Die Sparkasse Bremen AG will weiterhin – auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten – als kompetenter und verlässlicher Partner an der Seite der mittelständischen Unternehmen und Gewerbetreibenden sowie der Bürgerinnen und Bürger stehen und die Wirtschaftsregion Bremen in die Zukunft begleiten.

Das Geschäftsjahr 2009

Die Sparkasse Bremen AG hat sich 2009 erneut in einem schwierigen Umfeld behauptet und blickt auf ein trotz Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise erfreuliches Geschäftsjahr zurück.

Die Bilanzsumme erhöhte sich leicht um 0,3% auf 10,9 Mrd. EUR. Während die Forderungen an Kunden als auch die Kundeneinlagen zunahmen, wurden die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduziert. Die Gesamtforderungen an Kunden lagen Ende 2009 bei 8,1 Mrd. EUR. Dabei bewegten sich die Kredite an Privatkunden mit 2,6 Mrd. EUR nahezu auf Vorjahresniveau, während das Firmenkundenkreditgeschäft um 4,1% auf 5 Mrd. EUR zulegte. Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich stichtagsbezogen um 35,5% auf 1,1 Mrd. EUR. Dies ist das Ergebnis einer Umschichtung fälliger Geldanlagen in Investitionen in den eigenen Wertpapierbestand.

Die Summe aus Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und verbrieften Verbindlichkeiten erhöhte sich im Verlauf des Jahres 2009 um 1,5% auf 7,3 Mrd. EUR, obwohl die Spareinlagen und befristeten Einlagen als auch das Geschäft mit Eigenemissionen rückläufig waren. Dafür erhöhten sich die täglich fälligen Einlagen um mehr als 37%, was im Wesentlichen auf die anhaltende Finanzkrise und das daraus resultierende niedrige Zinsniveau zurückzuführen sein dürfte.

Im Wertpapiergeschäft spiegelte sich die Anlagezurückhaltung der Kunden ebenfalls wider. Während die Umsätze bei Aktien und Investmentzertifikaten um 40,0% zurückgingen, konnte im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere ein Anstieg der Umsätze um 22,2% verzeichnet werden. Auch im Absatz der



Dr. Heiko Staroßom, Mitglied des Vorstandes, Thomas Fürst, stellv. Mitglied des Vorstandes, Dr. Tim Nesemann, Vorstandsvorsitzender, Klaus Schöniger, Mitglied des Vorstandes, (v.l.n.r.)

Eigenemissionen konnte mit 49,1% ein überdurchschnittlicher Zuwachs erzielt werden. Der Grund für diesen Anstieg ist die erstmalige Emission von Pfandbriefen im Jahr 2009. Es wurden 53 Mio. EUR begeben, die aufgrund ihrer hohen granularen Struktur bei institutionellen Anlegern sehr begehrt waren.

Die Ergebnisentwicklung war auch in 2009 von der Finanz- und Wirtschaftskrise beeinflusst. Dennoch konnte das geplante Jahresergebnis erzielt und sogar leicht übertroffen werden. Der Zinsüberschuss verringerte sich erwartungsgemäß gegenüber dem Vorjahr um 4,5% bzw. 9,5 Mio. EUR. Mit 202,9 Mio. EUR liegt er jedoch noch deutlich über dem Planwert, was durch realisierte Erträge aus der Fristentransformation zu erklären ist. Die Zinserträge sanken um 122,9 Mio. EUR auf 467,0 Mio. EUR, der Zinsaufwand betrug

264,1 Mio. EUR und reduzierte sich damit um 113,4 Mio. EUR. Das Provisionsergebnis spiegelt das Vertrauen der Kunden in die Dienstleistungskompetenz der Sparkasse Bremen wider. Trotz rückläufiger Erträge aus dem Wertpapiergeschäft als Folge der Finanzkrise und rückläufiger Einnahmen im Giroverkehr durch die Umstellung der Kontenmodelle lag das Provisionsergebnis mit 59,1 Mio. EUR nur minimal unter dem Rekordwert des Vorjahres. Der Personalaufwand verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 7,6% bzw.

9,5 Mio. EUR auf 114,8 Mio. EUR. Grund dafür sind im Wesentlichen Personalarückgänge infolge natürlicher Fluktuation sowie der im Jahr 2008 bereits vorweggenommene Tarifabschluss, der 2009 niedriger ausfiel als erwartet. Der Sachaufwand verringerte sich um 8,1 Mio. EUR auf 104,8 Mio. EUR, was einem Rückgang von 7,1% entspricht und auf einmalige Effekte im Zusammenhang mit der Auslagerung der IT im Jahr 2008 zurückzuführen ist. Damit lag die Cost-Income-Ratio in 2009 mit 80,7% unter der des Vorjahres (82,7%).

Rahmenbedingungen

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise waren auch in der Metropolregion Hamburg spürbar. Allerdings war der Rückgang der Wirtschaftsleistung in Hamburg moderater als in Deutschland insgesamt: Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Hamburg sank nur um 3,2% und damit um 1,8 Prozentpunkte weniger als im Bundesdurchschnitt. Die Wirtschaftsstruktur Hamburgs mit einem vergleichsweise hohen Anteil der von der Rezession weniger betroffenen Dienstleistungsbereiche hat mit dazu beigetragen, die krisenbedingte Talfahrt

insgesamt standen auch die Hamburger Kreditinstitute aufgrund der Finanzkrise vor großen Herausforderungen. Insgesamt war der Bankenplatz jedoch stabil, wozu auch die Hamburger Sparkasse AG (Haspa) wesentlich beigetragen hat. Während einige Banken in der Stadt offenbar ihre Kreditvergabe gedrosselt und sogar Kreditlinien gekürzt haben, konnte die Haspa dank ausreichender Liquidität und Eigenkapital die Kreditvergabe kräftig ausweiten und so dazu beitragen, eine Kreditverknappung in der Hansestadt zu vermeiden.



abzubremsen. Aber auch das allgemein stark von der Rezession betroffene verarbeitende Gewerbe zeigte in Hamburg 2009 einen deutlich geringeren Rückgang als auf Bundesebene. Hamburg profitiert von seiner breiten Wirtschaftsstruktur und ist eine Hochburg vieler Wachstumsbranchen. Studien bescheinigen der Hansestadt eine Spitzenstellung als dynamischste Großstadt Europas.

Nach Frankfurt ist Hamburg einer der bedeutendsten Finanzplätze in Deutschland. Die in Hamburg ansässigen Kreditinstitute beschäftigen rund 25.000 Menschen. Damit ist das Kreditgewerbe ein großer Arbeitgeber in Hamburg. Wie die deutsche Kreditwirtschaft

Das Geschäftsjahr 2009

Die Hamburger Sparkasse AG (Haspa) hat durch ihre klare strategische Ausrichtung und ihr nachhaltiges Geschäftsmodell in einem anspruchsvollen Umfeld die Beratung und Betreuung ihrer Kunden weiter intensiviert und ihre Marktführerposition in der Metropolregion Hamburg weiter ausgebaut. So konnten im Jahr 2009 75.000 Neukunden gewonnen und trotz Finanz- und Wirtschaftskrise ein zufriedenstellendes Ergebnis auf Vorjahresniveau in Höhe von 60 Mio. EUR erzielt werden. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 3,9% oder gut 1,4 Mrd. EUR auf 37,5 Mrd. EUR. Damit ist die Haspa auch weiterhin die größte Sparkasse Deutschlands. Im



Sprecher des Vorstandes Dr. Harald Vogelsang

Berichtsjahr 2009 konnte die Haspa ihre Forderungen an Kunden nochmals erheblich um 1,5 Mrd. EUR steigern. Maßgeblichen Anteil an der erhöhten Kreditnachfrage hatten die gewerblichen Baufinanzierungen, die sich allein schon um 900 Mio. EUR erhöhten. Insgesamt nahmen die Baufinanzierungen um 7,9% auf 16,7 Mrd. EUR zu. Auf der Passivseite konnten die Kundengelder deutlich ausgeweitet werden. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nahmen um 5% oder 1,3 Mrd. EUR auf 26,9 Mrd. EUR zu. Auch in Hamburg folgten die Kunden dem allgemeinen Trend und schichteten Gelder aus dem Termingeldbereich in täglich fällige Anlagen um. Allerdings gelang es, neue Kundeneinlagen zu gewinnen, durch die eine ungünstige Entwicklung bei den Spar- und

Termineinlagen deutlich überkompensiert wurde.

Auch im Jahr 2009 war das Kundenverhalten durch die allgemeine Finanzmarktkrise geprägt. Dennoch konnten die Wertpapierumsätze an das Niveau des Vorjahres anknüpfen und beliefen sich auf knapp 13 Mrd. Euro. Es zeigte sich aber auch, dass die Kunden in 2009 insgesamt etwas risikoaverser waren.

Abnahmen bei den Aktienumsätzen sowie den Umsätzen bei den Investmentfonds und Immobilienzertifikaten konnten durch Zunahmen bei den festverzinslichen Wertpapieren kompensiert werden. Gemessen am Gesamtumsatz entfielen im Berichtsjahr 77% der Umsätze auf verzinsliche Wertpapiere, 14% auf Investmentfonds und 9% auf Aktien. Die Ertragslage der Haspa war 2009 zufriedenstellend. Der Zinsüberschuss lag mit 711 Mio. EUR knapp 120 Mio. EUR über dem Wert des Vorjahres. Hier profitierte die Haspa vom gesunkenen Niveau der kurzfristigen Zinsen. Während die Haspa für aufgenommene Mittel eine eher kurzfristige Zinsbindung hat und in Folge der gesunkenen kurzfristigen Zinsen nunmehr einen verminderten Zinssatz bezahlt, sind die ausgeliehenen Mittel größtenteils durch längere Zinsbindungen geprägt. Im Ergebnis fällt damit der Fristentransformationsbeitrag deutlich günstiger aus. Daneben konnte



Dr. Wolfgang Botschatzke, Mitglied des Vorstandes



Frank Brockmann, Mitglied des Vorstandes



Reinhard Klein, stellv. Sprecher des Vorstandes



Jörg Wohlers, Mitglied des Vorstandes



aufgrund des niedrigen Zinsniveaus durch spezifische Fristentransformationsmaßnahmen ein zusätzlicher positiver Zinsüberschuss erwirtschaftet werden.

Die Auswirkungen der Finanzkrise hatten auch auf die Anlageentscheidungen der Kunden der Haspa Einfluss und zeigten sich in rückläufigen Erträgen im Wertpapiergeschäft. Dies machte sich im Provisionsüberschuss bemerkbar: Die positiven Entwicklungen wie Provisionen aus Darlehensgeschäften konnten die sinkenden Erträge aus dem Wertpapiergeschäft nicht kompensieren. Das Provisionsergebnis sank um 12% oder 31 Mio. EUR auf knapp 229 Mio. EUR. Der Verwaltungsaufwand der Haspa war mit 655 Mio. EUR um 4,6% höher als im Vorjahr. Darin enthalten ist mit 351 Mio.

EUR ein um 27 Mio. EUR erhöhter Personalaufwand, dessen Steigerung sich teilweise auf neu eingestellte Mitarbeiter zurückführen lässt, mit denen die Haspa das nachhaltige Wachstum im Kundengeschäft absichern und steigern will. Daneben belasteten erhöhte Zahlungen an den Pensions-Sicherungs-Verein den Personalaufwand. Die Pflichtversicherung musste die Beitragszahlungen für die angeschlossenen Unternehmen in Folge gestiegener Insolvenzen spürbar anheben. Die Sachaufwendungen lagen lediglich moderate 2 Mio. EUR über dem Vorjahresniveau, was auf den maßvollen Umgang mit den internen Budgets zurückzuführen ist. Die Gesamtkapitalquote der Haspa lag per 31.12.2009 bei 12,5%, die Kernkapitalquote beträgt 10,8%.

Rahmenbedingungen

Die Nähe zur Metropolregion Hamburg und die exponierte Lage an der Ostsee zeichnen die Hansestadt Lübeck aus. Die Lage, in Kombination mit den Kostenvorteilen des Seetransportes, hat Lübeck zum drittgrößten Universalhafen Deutschlands werden lassen. Durch die fortschreitende Spezialisierung des Hafenumschlags ist Lübeck zum logistischen Zentrum für Papier und Zellulose in Europa geworden. Mit dem Elbe-Lübeck-Kanal verfügt die Hansestadt als einziger Ostseehafen über eine direkte Anbindung an das europäische Binnen-

mieten und Löhne im Vergleich zu anderen Bundesländern vergleichsweise niedrig sind.

Durch diese wirtschaftlichen Schwerpunkte war das Jahr 2009 natürlich auch in Lübeck von den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt. Die Sparkasse zu Lübeck AG war auch in dieser schwierigen Zeit für ihre Kunden ein verlässlicher Partner. Allein das Rekordvolumen von 260 Mio. EUR an neuen Darlehenszusagen belegt, dass die Sparkasse zu Lübeck AG im Berichtsjahr alles dafür getan hat, eine Kreditklemme in der Region zu verhindern.



**Sparkasse
zu Lübeck AG**



wasserstraßennetz. Daneben kompletieren eine gute straßenverkehrliche Erschließung mit den Autobahnen A1 und A20 sowie der Flughafen Lübeck-Blankensee das Potenzial des Logistikstandortes Lübeck. Neben der Logistik ist der Tourismus ein weiteres Standbein der Region. Die vom Wasser umschlossene Altstadt gehört zum UNESCO-Welterbe und lockt, wie die unmittelbare Nachbarschaft zu Travemünde und dem Timmendorfer Strand, jedes Jahr zahlreiche Touristen in die Hansestadt. In den letzten Jahren wurde in Lübeck verstärkt in die Verbesserung der Infrastruktur für die Medien- und die IT-Branche investiert und so siedelten sich zahlreiche Call-Center-Firmen in Lübeck an, da Büro-

Jede Geschäftsidee, bei der hinreichend Aussicht auf Verzinsung und Rückzahlung des Darlehens bestand, wurde begleitet. Dank der Eigenkapitalstärke der Sparkasse zu Lübeck AG ist man bestens darauf vorbereitet, auch künftig den Firmen in der Region mit Investitionsdarlehen zur Verfügung zu stehen und den privaten Wohnungsbau zu fördern.

Das Geschäftsjahr 2009

Die Sparkasse zu Lübeck AG blickt auf ein gutes Geschäftsjahr 2009 zurück. Insbesondere Wertaufholungen auf zuvor abgeschriebene Wertpapiere sowie eine steilere Zinskurve führten zu einer deutlichen Gewinnausweitung auf 6 Mio. EUR.

Eine Zunahme der Forderungen an Kunden sowie ein erhöhter Wertpapiereigenbestand führten zu einer Erhöhung der Bilanzsumme um 53,6 Mio. EUR (+2,5%) auf 2.213,6 Mio. EUR per 31.12.2009. Das Kreditvolumen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 2,5% auf 1.547,2 Mio. EUR, wofür vor allem die Ausweitung der langfristigen Forderungen an Unternehmen und Selbstständige verantwortlich war. Im Privatkundenbereich nahmen die Bestände leicht ab.

Die Summe aus Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und begebenen Schuldverschreibungen erhöhte sich um 6,8% auf 1.439,4 Mio. EUR (2008: 1.348,1 Mio. EUR). Auch bei der Sparkasse zu Lübeck AG erfolgte in der Struktur der Kundeneinlagen eine Verschiebung von Spar- und Termineinlagen hin zu Sichteinlagen. Die täglich fälligen Verbindlichkeiten erhöhten sich um 154,5 Mio. EUR auf 666,6 Mio. EUR, während die Termineinlagen um 106,0 Mio. EUR auf 55,8 Mio. EUR sanken. Der Spareinlagenbestand konnte erstmals seit Jahren wieder um 10,6 Mio. EUR auf 288,0 Mio. EUR gesteigert werden. Der erfreuliche Einlagenzuwachs und zahlreiche neue Kundenverbindungen, die im Jahr 2009 verstärkt Liquidität von anderen Instituten auf die Sparkasse zu Lübeck AG übertragen haben, unterstreichen das Vertrauen der Lübeckerinnen und Lübecker in das Geschäftsmodell der Sparkasse. Die Verunsicherung und Zurückhaltung im Bereich Wertpapier ist bei den Kunden immer noch vorhanden und so blieb das Kommissionsgeschäft spürbar hinter den Erwartungen zurück. Der Zinsüberschuss – die bedeutendste Ertragskomponente der Sparkasse zu Lübeck AG – erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Mio. EUR auf



Wolfgang Pötschke, Vorsitzender des Vorstandes, Frank Schumacher, Mitglied des Vorstandes

47,0 Mio. EUR und lag um 2,5 Mio. EUR über dem Planungsansatz. Der Provisionsüberschuss in Höhe von 16 Mio. EUR konnte um 0,2 Mio. EUR gegenüber 2008 erhöht werden. Der Planwert konnte hier nicht ganz erreicht werden, was in den anhaltenden Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf das Wertpapierkommissionsgeschäft begründet liegt. Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen lagen mit 48,2 Mio. EUR deutlich über dem Vorjahr. Die Gründe liegen in erhöhten Sachaufwendungen im Rahmen der Auslagerung von Marktfolgetätigkeiten und in außerordentlichen Aufwendungen durch die Absenkung des Rechnungszinssatzes von 6% auf 4,45% bei den Pensionsverpflichtungen. Dadurch erhöhte sich natürlich auch die Cost-Income-Ratio von 66,2% auf 67,3%, der Planwert von 70,5% wurde aber deutlich unterschritten.

Rahmenbedingungen

Die Sparkasse Mittelholstein AG ist im Wirtschaftsraum Rendsburg tätig und hat dort auch ihren Hauptsitz. Eine der Stärken Rendsburgs als Wirtschaftsstandort ist die hervorragende Infrastruktur. Zentral in Nordeuropa gelegen befinden sich die Industrie- und Gewerbeflächen der Region alle in der Nähe von Autobahnanschlussstellen und Häfen und haben zum großen Teil eigene Bahngleisanschlüsse. Dem Nord-Ostsee-Kanal kommt als der meistbefahrenen Wasserstraße der Welt eine

Verfügung, die man sonst nur aus Ballungsräumen kennt, trotzdem ist noch genug Raum zum Leben, zum Entspannen und für kreatives Arbeiten vorhanden.

All diese Standortbedingungen machen Rendsburg zu einem traditionellen Mittelpunkt für Industrie, Handel und Gewerbe. Die Region beheimatet zahlreiche Unternehmen mit internationaler Bedeutung. Das gilt für hochentwickelte technologieorientierte Wirtschaftszweige wie Elektrotechnik, Maschinenbau, Feinmechanik und Schiffbau



**Sparkasse
Mittelholstein AG**



besondere Rolle zu. An dieses Bindeglied zwischen den Häfen der europäischen Union, Skandinaviens und der übrigen Ostseeanrainer ist Rendsburg mit seinem Tiefseehafen im Binnenland direkt angeschlossen. Auf dem Landwege bildet die Europastraße 45 (A7) eine direkte Verbindung Skandinaviens mit den Zentren Mitteleuropas. Neben dieser Infrastruktur verfügt die Region über großes Potenzial an qualifizierten Arbeitskräften bei für Deutschland vergleichsweise günstigem Lohnniveau. Die Gewerbe- und Industrieflächen sind voll erschlossen und die Gewerbesteuer ist sehr günstig. Für die 60.000 im Wirtschaftsraum Rendsburg lebenden Menschen stehen viele Einrichtungen zur

ebenso wie für Gewerbe und Dienstleistungen. Für all diese Menschen und Firmen ist die Sparkasse Mittelholstein AG ein verlässlicher Ansprechpartner. Ob Girokonto, Vermögensmanagement oder Unternehmensfinanzierungen – die Sparkasse bietet ein breites Spektrum an Finanzdienstleistungen. Dabei setzt man auf langfristige Kundenbeziehungen durch kompetente und faire Beratung.

Das Geschäftsjahr 2009

Die Sparkasse Mittelholstein AG blickt angesichts der anhaltend schwierigen Marktbedingungen auf ein positives Jahr 2009 zurück. Das ungebrochene Vertrauen der Kunden lässt sich an den



Bernd Jäger, Mitglied des Vorstandes,
Manfred Buncke, Vorsitzender des Vorstandes

Wachstumsraten unseres Mitgliedsinstituts sehr gut ablesen. Getragen vom Kundengeschäft stieg die Bilanzsumme um 12,8% auf mehr als 1,9 Mrd. EUR. Die Forderungen an Kunden erhöhten sich deutlich um 6,9% auf 1,38 Mrd. EUR. Es wurden über 270 Mio. EUR an neuen Krediten und Darlehen bewilligt, die für zahlreiche betriebliche Investitionen und auch für den Kauf oder Neubau privater Immobilien bereitgestellt wurden. Unser Mitglied hat somit spürbar zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region und zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen beigetragen. Dies veranschaulicht auch das Wachstum im Kreditbereich der letzten beiden Jahre, in denen das Geschäft zusammengefasst um 18,5% zulegen.

Ebenso dynamisch entwickelte sich die Einlagenseite der Sparkasse Mittelholstein AG. Bereits im Jahr 2008 konnte man bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um fast 15% zulegen und erreichte erstmals einen Bestand an Kundengeldern von über 1 Mrd. EUR. Im Berichtsjahr setzte sich dieser Trend fort, die Einlagen erhöhten sich um weitere 5,4% auf knapp 1,1 Mrd. EUR. Unsere

Mitgliedssparkasse sieht sich durch diese Entwicklung bestätigt, dass neben dem hohen Vertrauen der Kunden in ihre Sparkasse auch die hohe Kompetenz der Berater des Institutes Schlüssel für diesen Erfolg sind. Schließlich ist das Augenmerk der Sparkasse Mittelholstein AG seit Jahren auf die Interessenlage der Kunden ausgerichtet – und zwar ganzheitlich unter Berücksichtigung aller maßgeblichen finanziellen Blickwinkel. Um die Beratungsqualität weiter zu stärken und zu optimieren, stellte man im Berichtsjahr 10 neue Mitarbeiter ein und betreut die Kunden nun mit einer Belegschaft von 270 Kollegen. In 2010 sollen weitere 20 Arbeitsplätze geschaffen werden, um dem gestiegenen Geschäftsumfang Rechnung zu tragen und weiterhin erfolgreich die Kundenbedürfnisse in den Mittelpunkt rücken zu können. Das starke Geschäftswachstum in 2009 war ein wesentlicher Treiber für die gute Ertragslage der Sparkasse Mittelholstein AG. Der Zinsüberschuss – maßgebliche Größe der Erfolgsrechnung – stieg um 16,1% auf 31,3 Mio. EUR. Der Provisionsüberschuss konnte ebenfalls deutlich um 8,5% auf 8,4 Mio. EUR erhöht werden. Durch die starke Geschäftsausweitung erhöhte sich naturgemäß auch die Kostenseite. Neueinstellungen sowie erhöhte Sachaufwendungen führten zu einem Anstieg der Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 12,8% auf 27,0 Mio. EUR. Trotzdem konnte das Ergebnis vor Steuern um über 10% auf 4,5 Mio. EUR verbessert werden. Dadurch zeigte sich die Cost-Income-Ratio mit 64,8% gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert, die Gesamtkapitalquote der Sparkasse Mittelholstein AG lag Ende 2009 bei 9,8%.

Rahmenbedingungen

Durch Fusion mit einer früher Freien Sparkasse entstand vor ein paar Jahren die Sparkasse Westholstein. Damit hat der Verband auch ein Mitgliedsinstitut aus dem öffentlich-rechtlichen Lager in seinen Reihen. Sitz des Instituts ist die Stadt Itzehoe. Das Geschäftsgebiet unseres Verbandsmitglieds umfasst den Kreis Steinburg und angrenzende Kreise sowie in Teilen die Freie und Hansestadt Hamburg. Betreut werden die Kunden von knapp 700 Mitarbeitern in 28 Filialen, daneben stehen noch 20 SB-Standorte zur Verfügung.

zerne Gruner & Jahr und Axel Springer AG. Im Kreis Steinburg haben sich weitere Großbetriebe aus unterschiedlichen Industriezweigen angesiedelt. Ein weiterer großer Arbeitgeber war bis in die 90er Jahre die Bundeswehr, die Standortschließung hat in der Region zu einigen Strukturveränderungen geführt. So ist Itzehoe zwar über die A23 verkehrstechnisch gut an das Straßennetz angebunden und der Kreis Steinburg gehört zur Metropolregion Hamburg, viele Arbeitskräfte sind aber in den letzten Jahren in Richtung Hamburg abgewandert. Daher sind auch die Einwohnerzahlen



Sparkasse
Westholstein



Die Stadt Itzehoe hat sich zu einer zentralen Einkaufsstadt an der schleswig-holsteinischen Westküste entwickelt, deren über drei Kilometer lange Fußgängerzone viele kleine und größere Fachhändler, Dienstleister und Gastronomen beheimatet. Aber Itzehoe profiliert sich durch das ansässige Fraunhofer-Institut für Siliziumtechnologie und die Gesellschaft für Technologieförderung Itzehoe ebenfalls als Innovationsstandort. Diese sind mittlerweile wichtige Wirtschaftsfaktoren der Stadt. Im Dienstleistungssektor sind zahlreiche Alten- und Pflegeheime sowie das Klinikum Itzehoe als wichtige Arbeitgeber zu nennen. Größter Arbeitgeber der Stadt ist eine Großdruckerei der Medienkon-

rückläufig, was bereits zu einem Überhang an Wohnraum geführt hat.

Die Strukturveränderungen in der Region haben auch zu Veränderungen bei der Sparkasse Westholstein geführt. Um die gesetzten hohen Qualitätsansprüche an die Kundenbetreuung an jedem Filialstandort uneingeschränkt zu gewährleisten, wurden einige schwächer frequentierte personenbesetzte Filialen mit benachbarten Filialen zusammengelegt und größtenteils zu SB-Geschäftsstellen umgewandelt, vier wenig genutzte SB-Stellen wurden geschlossen. Die Veränderungen erfolgten maßvoll unter Abwägung unterschiedlicher Betrachtungsweisen und Argumente. Die kommunalen Vertreter des Trägers wurden in

die Entscheidungen frühzeitig einbezogen und die betroffenen Kunden individuell bei ihrem „Umzug“ unterstützt.

Das Geschäftsjahr 2009

Die Sparkasse Westholstein hatte für das Jahr 2009 eine Verminderung des Geschäftsvolumens bzw. eine qualitative Verbesserung der Bilanzstruktur durch eine risikoorientierte Kreditpolitik und den kontinuierlichen Abbau von Interbankenverbindlichkeiten geplant. Die zusammengefasste Durchschnittsbilanzsumme wurde mit 2,78 Mrd. EUR (2008: 2,85 Mrd. EUR) prognostiziert, der Rückgang übertraf mit 2,72 Mrd. EUR den geplanten Wert.

Die Bilanzsumme stieg gegenüber dem Vorjahreswert um 29,6 Mio. EUR oder 1,1% auf 2,69 Mrd. EUR. Diese zur DBS gegensätzliche Veränderung ist zum großen Teil auf den vorübergehenden Zufluss täglich fälliger Einlagen im Dezember – insbesondere aus dem Bereich der kommunalen Kunden – zurückzuführen.

Aufgrund der guten Eigenkapital- und Liquiditätssituation konnte die Sparkasse Westholstein – trotz des schwierigen konjunkturellen Umfeldes – Investitionsvorhaben der heimischen Wirtschaft aktiv begleiten. Unser Mitglied sagte Kunden mit 328,6 Mio. EUR 36,0% mehr neue Darlehen zu als noch in 2008. Damit ist es seiner Aufgabe der regionalen Kreditversorgung auch unter negativen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in besonderem Maße gerecht geworden. So förderte die Sparkasse Westholstein im ersten Halbjahr durch ein Sonderfinanzierungsprogramm für Modernisierungs- und Energiesparmaßnahmen in Zusammenarbeit mit der Kreishandwerkerschaft die Beschäftigung der örtlichen Handwerks-



Achim Thölen, Mitglied des Vorstandes, Rudolf Kochan, Vorsitzender des Vorstandes, Tede Ibs, Mitglied des Vorstandes

unternehmen. Ebenfalls wurden landwirtschaftliche Kunden durch ein flexibles Liquiditätsprogramm bei der Überbrückung von Engpässen während der „Milchkrise“ unterstützt. Große Bedeutung bei den neuen gewerblichen Krediten hatte zusätzlich die Finanzierung regenerativer Energien.

Im Einlagenbereich wuchsen die Bestände um 3,9% auf 2,1 Mrd. EUR. Während im Privatkundenbereich ein Rückgang der bilanzwirksamen Einlagen zu verzeichnen war, konnten die Mittelzuflüsse der kommunalen Kunden dies mehr als kompensieren. Durch die andauernde Finanzkrise waren bei der Kundschaft weiterhin sichere, kurzfristig verfügbare Geldanlagen gefragt wie das Tagesgeldkonto. Dort stiegen die Bestände um 170,0 Mio. EUR (33,9%) auf 671,7 Mio. EUR, während Kunden bei Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist mit Rückgängen je nach Produkt zwischen 30 und 80% ihre Anlagen überaus stark verringert haben.

Aus der Gewinn- und Verlustrechnung ist ersichtlich, dass 2009 für die Spar-

kasse ein sehr erfolgreiches Jahr war. Das Betriebsergebnis vor Bewertung als auch der Jahresüberschuss lagen über den Planungen, der Jahresüberschuss konnte mit 1,83 Mio. EUR um mehr als TEUR 400 deutlich gegenüber dem Vorjahr erhöht werden. Diese positive Entwicklung ist vor allem einer veränderten Zinsstruktur geschuldet, die es unserem Mitglied erlaubte, zusätzliche positive Fristentransformationen zu betreiben. Der Zinsüberschuss stieg um kräftige 4,0% im Vergleich zum Vorjahr auf

64,1 Mio. EUR. Noch deutlicher ist der Provisionsüberschuss, der mit 8,1% auf 17,1 Mio. EUR zulegte. Bei den Aufwandskosten zeigten Maßnahmen zur Optimierung der Personalkosten erste Wirkung. Zwar stieg der Personalaufwand um 4,3 Mio. EUR auf 39,8 Mio. EUR, die 2,1 Mio. EUR Einsparungen auf 17,7 Mrd. EUR im Verwaltungsaufwand konnten diesen Trend aber nicht ausgleichen. Die Cost-Income-Ratio lag Ende 2009 bei 67,8%.

Die außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Ausgewählte Geschäftsdaten der außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Sparkassen	Bilanzsumme Mio. EUR	Kredit- volumen ¹⁾ Mio. EUR	Gesamt- einlagen ²⁾ Mio. EUR	Eigenkapital Mio. EUR	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Bankstellen
Frankreich						
Caisse d'Epargne d'Alsace, Straßburg	8.047	3.733	4.584	566	1.025	133
Italien						
Südtiroler Sparkasse AG, Bozen	8.212	6.737	6.669	656	1.392	117
Banca CARIGE SpA, Genua	29.787	19.637	23.225	3.729	4.557	534
Luxemburg						
Freie Internationale Sparkasse S.A., Luxembourg	46	6	22	13	14	1
Niederlande						
SNS Reaal Groep N.V., Utrecht	128.938	70.457	57.391	5.062	7.287	141
Norwegen						
Sparebanken SØR, Arendal	4.258	3.520	2.045	379	388	29
Malta						
Sparkasse Bank Malta plc., Sliema	79	5	50	16	11	1
Österreich						
Sparkasse Baden, Baden bei Wien	859	509	591	61	153	14
Sparkasse Eferding-Peuerbach-Waizenkirchen, Eferding	491	254	383	31	95	14
Sparkasse der Stadt Feldkirch, Feldkirch	1.212	842	700	107	226	15
Sparkasse Feldkirchen/Kärnten, Feldkirchen	321	149	239	49	49	5
Steiermärkische Bank und Sparkassen AG, Graz	12.027	8.422	8.440	684	1.656	142
Sparkasse Haugsdorf, Haugsdorf	92	44	77	8	15	3
Sparkasse Herzogenburg-Neulengbach, Herzogenburg	295	132	254	28	71	8
Weinviertel Sparkasse, Hollabrunn	542	220	421	25	79	14
Sparkasse Imst AG, Imst	813	587	485	51	175	20
Tiroler Sparkasse Bank-AG Innsbruck, Innsbruck	4.232	2.598	2.174	198	631	41
Kärntner Sparkasse Aktiengesellschaft, Klagenfurt	4.032	2.585	2.598	244	670	44
Kremser Bank und Sparkassen Aktiengesellschaft, Krems	643	309	467	43	127	9
Sparkasse Kufstein, Tiroler Sparkasse von 1877, Kufstein	1.354	989	911	132	220	17

Die außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Ausgewählte Geschäftsdaten der außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Sparkassen	Bilanzsumme Mio. EUR	Kredit- volumen ¹⁾ Mio. EUR	Gesamt- einlagen ²⁾ Mio. EUR	Eigenkapital Mio. EUR	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Bankstellen
Sparkasse Langenlois, Langenlois	216	128	181	16	42	4
Lienzer Sparkasse AG, Linz	380	190	284	25	72	7
Allgemeine Sparkasse Oberösterreich Bank-AG, Linz	11.015	6.838	7.115	499	1.496	130
Sparkasse Neunkirchen, Neunkirchen	936	568	790	54	149	17
Sparkasse Pottenstein NÖ, Pottenstein	199	142	145	18	39	3
Sparkasse Niederösterreich Mitte-West AG, St. Pölten	2.251	1.430	1.821	99	484	41
Salzburger Sparkasse Bank AG, Salzburg	4.483	2.824	3.024	181	781	69
Sparkasse Schwaz, Schwaz	1.126	742	861	92	176	14
Waldviertler Sparkasse von 1842, Waidhofen a.d. Thaya	817	664	626	55	250	6
Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG, Wien	26.349	17.691	17.277	932	3.417	140
Wiener Neustädter Sparkasse, Wiener Neustadt	1.255	750	913	77	182	11
Erste Group Bank	79.881	11.669	35.184	8.734	1.830	1
Schweden						
Sparbankernas Riksförbund	19.578	15.478	16.398	2.613	3.376	261
darunter Sparbanken Syd, Ystad	863	724	621	107	150	7
Schweiz						
AEK Bank 1826, Thun	1.771	1.540	1.451	195	103	12
Spanien						
Caixa Catalunya, Barcelona	63.646	48.779	49.955	2.732	6.898	1.155
Tschechische Republik						
Česka spořitelna a.s., Prag	32.302	17.723	24.305	2.384	10.843	660
Insgesamt 36 Institute und 1 Verband nachrichtlich in EUR	452.485	248.891	272.056	34.754	48.979	3.833

Stand per 31.12.2009

1) Forderungen an Nichtbanken

2) Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken, Inhaberschuldverschreibungen und Sparkassenobligationen

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Europa

Zu Beginn des Jahres 2009 erreichte die empfundene Unsicherheit durch den Zusammenbruch von Lehman Brothers historische Spitzenwerte. Die Finanzmärkte waren in ihrer Funktion weiterhin stark beeinträchtigt. Infolge der Verschärfung dieser Finanzkrise kam es durch einen Rückgang des globalen Wirtschaftswachstums Ende 2008 und Anfang 2009 zu einem drastischen Einbruch des Welthandels. Die Geschwindigkeit, das Ausmaß und den international zeitgleichen Verlauf hat es in dieser Form seit der

dels und des BIP auseinanderdriftete. Ein weiterer Grund für den höheren Einbruch im weltweiten Handel könnte die rasche Verschärfung der Kreditrichtlinien gewesen sein, die als Konsequenz der Finanzmarkturbulenzen eine Verknappung der Finanzierung durch Handelskredite zur Folge hatte.

Im Verlauf des Jahres 2009 mehrten sich die Anzeichen einer Stabilisierung des Welthandels. So stieg der Warenhandel im dritten Quartal 2009 um 4%, nachdem er im ersten Jahresviertel noch um 11% zurückgegangen war. Grund für die rasche Belebung waren dabei die von

Die außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Weltwirtschaftskrise 1929 nicht mehr gegeben. Von September 2008 bis Februar 2009 ging der Handel weltweit um fast 17% zurück. Ausgelöst hatte dies die globale Abkühlung der Nachfrage. Die Produktion ging im Schlussquartal 2008 um 1,2% und im ersten Quartal 2009 um 1,4% zurück. Der wesentlich stärkere Rückgang des Handels lässt sich im Wesentlichen dadurch erklären, dass die Unternehmen im Zuge der Finanzkrise und des geschwundenen Vertrauens ihre Vorräte rasch abbauten und die Beschaffung von Investitionsgütern zunächst hinten anstellten. Dadurch sank der Handel mit Vorleistungs- und Investitionsgütern weit stärker als der Handel mit Konsumgütern, so dass die Entwicklung des Han-

vielen Regierungen in erfreulich kurzer Zeit beschlossenen Konjunkturprogramme, die im Bereich der Gebrauchsgüter – vor allem Pkws – die Nachfrage deutlich ankurbelten. Vor allem Asien konnte maßgeblich zu einer Belebung der Handelsströme beitragen, dabei sorgte besonders das Konjunkturprogramm in China für ein Wiedererstarken der dortigen Nachfrage. Davon konnten auch die Ausfuhren aus der EU profitieren und so die immer noch schwache Nachfrage im EU-Binnenmarkt teilweise ausgleichen.

Stabile Preise

Noch Mitte 2008 hatte die Gesamtinflation in den OECD-Ländern durch Preis-



steigerungen bei Nahrungsmitteln und Energie mit 4,8% einen Höchststand erreicht. Anschließend nahm die Inflation rasch ab und lag im Frühjahr 2009 nur noch bei rund 0,5%. Auslöser hierfür waren eine kräftige Korrektur der Rohstoffpreise sowie zunehmend ungenutzte Produktionskapazitäten bedingt durch die weltweite konjunkturelle Abkühlung. Aufgrund umfangreicher Basiseffekte bei den Rohstoffpreisen kehrte sich die Inflationsrate Mitte 2009 sogar leicht ins Negative, im weiteren Verlauf des Jahres verteuerten sich die Rohstoffe aber wieder und sorgten für eine positive Gesamtinflationsrate. Im Jahresmittel lag sie bei 1,9%

Verbesserung der Lage an den Finanzmärkten

Die Lage am Kapital- und insbesondere am Geldmarkt, die Ende des Jahres 2008 für massive Liquiditätsprobleme unter Banken gesorgt hatte, entspannte sich in 2009 wieder. Zinssätze und Zinsabstände sanken zu Beginn des Berichtsjahres deutlich und auch die Zinsdifferenzen zwischen dem unbesicherten und besicherten Marktsegment gingen zurück, wenngleich sich die Differenz immer noch auf einem hohen Niveau befindet.

Möglich machten dies die außerordentlichen Liquiditätsmaßnahmen der EZB zur Stützung der Banken im Eurogebiet, um die Finanzierungsbedingungen deutlicher zu verbessern und die Kreditvergabe an Wirtschaftsunternehmen anzukurbeln, als es Leitzinssenkungen alleine vermocht hätten. Die Maßnahmen waren speziell auf die Finanzierungsstruktur der Wirtschaft im Euroraum ausgerichtet und zielten vor allem auf Banken ab, da diese die Hauptfinanzierungsquelle für Unternehmen im Euro-

raum darstellen. Die wichtigsten Punkte des Maßnahmenpakets waren die Bereitstellung von unbegrenzter Liquidität zu einem festen Zinssatz gegen entsprechende Sicherheiten, die Bereitstellung von Liquidität in Fremdwährung (vor allem US-Dollar) sowie der direkte Kauf von gedeckten Schuldverschreibungen am Markt. Die Sondermaßnahmen waren so konzipiert, dass man sie bei Normalisierung der Lage wieder auslaufen lassen konnte, wenn die Störungen des Geldmarkts behoben sein würden. Mit dem Direktankauf der gedeckten Schuldverschreibungen sorgte man zudem dafür, dass dieser für die Banken als wichtige Refinanzierungsquelle relevante Bereich gestützt werden konnte. So konnten die Märkte beruhigt und die großen Spreads in den kurzfristigen Laufzeiten verkleinert werden.

Kreditwachstum rückläufig

In 2009 nahm die Wachstumsrate der gesamten Kredite an Ansässige im Euro-Währungsgebiet deutlich ab und betrug im Dezember 2009 nur noch 2,4% nach 6,9% im Vorjahr. Verantwortlich dafür war vor allem der wesentlich langsamere jährliche Zuwachs der Kreditvergabe an den privaten Sektor, während die entsprechende Rate der Kreditgewährungen an die öffentlichen Haushalte deutlich zunahm. Die Entwicklung der Wachstumsrate der Kredite an die öffentlichen Haushalte wurde dadurch ausgelöst, dass viele Privat- und Firmenkunden ihre Bestände an Staatspapieren im Verlauf des Jahres 2009 stark erhöhten. Eine verhaltene Kreditnachfrage des privaten Sektors, ein vorherrschendes niedriges Zinsniveau sowie das in der Wahrnehmung der Banken gestiegene Adressenausfallrisiko führ-

ten dazu, dass Wertpapiere der öffentlichen Hand als attraktive und liquide Anlagemöglichkeit wahrgenommen wurden. Zudem konnten diese Staatspapiere problemlos zur Besicherung von Liquiditätsoperationen eingesetzt werden. Die staatlichen Konjunkturprogramme der einzelnen Länder führten zu einer erheblichen Ausweitung bei den Neuemissionen von Staatspapieren, die die immensen Kosten dieser Programme finanzieren. Die Wachstumsrate der Kreditvergabe an den privaten Sektor verringerte sich im Jahresverlauf auf nur noch 0,7% im Dezember 2009, allerdings zog die Kreditvergabe im letzten Quartal aufgrund der Wohnungsbaukredite wieder ein wenig an. Ein weiterer Grund für die rückläufige Wachstumsrate lag in dem durch die Finanzmarktkrise ausgelösten zunehmenden Druck auf die Eigenkapitalquoten der Banken. So waren viele Banken gezwungen, ihre Bankbilanzen zu verkürzen. Allein im Euro-Währungsraum bauten die Großbanken sie um 1,1% oder 329 Mrd. EUR im Jahr 2009 ab.

Verschlechterung am Arbeitsmarkt

Nach einer Abschwächung des Beschäftigungswachstums im Jahr 2008 verschlechterte sich die Arbeitsmarktlage im Euroraum im letzten Jahr. Das schrumpfende Wirtschaftswachstum führte zu einem raschen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Ende 2009 landete die Arbeitslosenquote auf dem Zehnjahreshoch von 10%. Dabei entwickelte sich die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Während z.B. in Italien und Deutschland der Anstieg relativ moderat ausfiel, verloren in Irland oder Spanien viele Menschen innerhalb des Berichtsjahres ihren Arbeitsplatz. Diese starken Unterschiede

lassen sich durch den vorher in Irland und Spanien stattgefundenen dynamischen Bauboom erklären, der zu Preisblasen geführt hatte, die mitten in der Finanzkrise ebenfalls platzten. Am stärksten betroffen von der Verschlechterung der Arbeitsmarktlage sind vor allem jüngere Arbeitnehmer, Erwerbstätige mit befristeten Verträgen sowie geringer qualifizierte Arbeitskräfte. Erwerbstätige mit unbefristeten Verträgen waren bislang von der Verschlechterung der Situation weniger stark betroffen, was unter anderem auf den generell umfassenderen Kündigungsschutz zurückzuführen sein dürfte. Diese Verlaufsmuster sind zwar in einem gewissen Maße für Rezessionen typisch, doch geben sie auch Anlass zur Sorge. Sollten sich gerade die vielen jungen Arbeitnehmer in der jetzigen Situation durch geringe Beschäftigungsaussichten entmutigt vom Arbeitsmarkt zurückziehen, so könnte dadurch und durch den zu erwartenden demografischen Wandel in einigen Jahren ein enormer Schwund von Kenntnissen und Fähigkeiten entstehen, der im Endeffekt sogar zu Einbußen beim Produktionspotenzial führen kann. In einigen Ländern – wie zum Beispiel Deutschland – scheint man diese Gefahren erkannt zu haben. Hier wurde in viel geringerem Maße Gebrauch von Kündigungen gemacht, viele Betriebe versuchten über Kurzarbeitsmaßnahmen und vorhandene Eigenkapitalrücklagen die Durststrecke mit ihren qualifizierten Fachkräften zu überstehen.

Schlechter Zustand der öffentlichen Finanzen

In Reaktion auf die Zuspitzung der Finanzkrise im Herbst 2008 ergriffen die Regierungen auf nationaler Ebene Maßnahmen zur Stützung ihrer Finanzsys-

teme und zur Sicherstellung adäquater Finanzierungsbedingungen für die Realwirtschaft. So konzentrierten sich die Bemühungen zunächst auf die Passivseite der Bankbilanzen mit staatlichen Garantien, Bürgschaften für Interbankenkredite, Kapitalzuführungen, Krediten zur Rekapitalisierung und einer höheren Einlagensicherung im Privatkundengeschäft. Zu Beginn des Jahres 2009 verlagerte sich die staatliche Unterstützung dann auf die Aktivseite der Bankbilanzen. Mit Hilfsmaßnahmen wie der Möglichkeit zur Auslagerung von Risikoaktiva in sogenannte „Bad Banks“ und Ausfallgarantien für Risiken mit geringer Eintrittswahrscheinlichkeit aber hohem Schadenspotenzial versuchte man, die Unsicherheiten an den Märkten zu beenden. Mit diesen Interventionen konnte das Finanzsystem zwar wieder stabilisiert werden, sie stellten für die öffentlichen Haushalte in den Euro-Ländern aber zugleich eine substanzielle Belas-

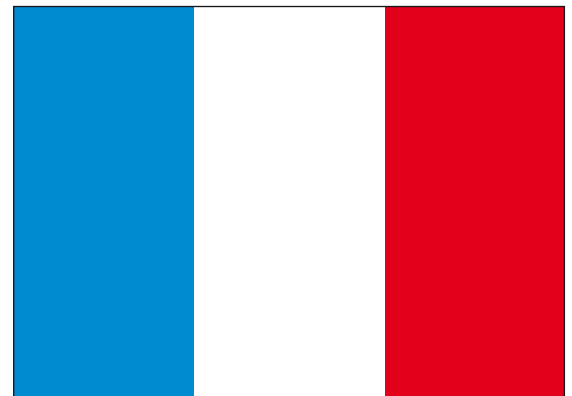
tung dar. Das durchschnittliche Haushaltsdefizit im Euroraum gemessen am BIP erhöhte sich von 2,0% in 2008 auf 6,5% im Jahre 2009. Nahezu alle Länder verbuchten ein Defizit über dem Referenzwert von 3% des BIP, wobei in Irland, Griechenland und Spanien sogar zweistellige Prozentzahlen erreicht wurden. Diese steigenden Defizite sowie der Konjunkturabschwung haben im Jahr 2009 zu einem raschen Anstieg der durchschnittlichen öffentlichen Schuldenquote beigetragen. Sie stieg binnen eines Jahres von 69,3% auf 78,2%. Hinzu kommen noch weitere Risiken für die öffentlichen Haushalte durch die vielen eingegangenen Eventualverbindlichkeiten. Diese Eventualverbindlichkeiten summieren sich auf 20,1% des BIP der Euro-Länder. Da nicht abzusehen ist, ob diese Garantierahmen weiter erhöht werden müssen oder ob weitere Garantien in Anspruch genommen werden, könnte sich die Quote in Zukunft noch deutlich weiter erhöhen.

Der französische Bankensektor

Das Jahr 2009 verlief in Frankreich weiterhin turbulent mit tiefgreifenden Veränderungen im Finanzsektor. Besonders im Lager der französischen Sparkassen und der Volksbankengruppe Banques Populaires kam es wie im Vorjahr zu großen Verlusten bei der gemeinsamen Investmentbank Natixis. Nachdem insgesamt 9 Mrd. EUR an neuem Eigenkapital nachgeschossen werden mussten, die größtenteils vom Staat finanziert wurden, nutzte die französische Regierung ihren Einfluss und zwang Sparkassen und Volksbanken zur Fusion. Die Spit-

müssen. Wie Sparkassen und BP auch, wollte man mit einer Investmentbank das Geschäftsmodell diversifizieren. Leider machte auch diese Tochter-Gesellschaft (Calyon) einen Verlust von 3,3 Mrd. EUR und soll in der Zukunft auf deutlich niedrigerem Niveau operieren. Hinzu kamen beim französischen Marktführer Probleme bei ausländischen Investments. Man hatte sich strategisch nicht mehr auf den Heimatmarkt beschränken wollen, in dem sich CA auf ein stabiles Retail-Banking stützen kann. So wurde vor Jahren mit Emporiki eine griechische Bank erworben, die im Zuge

Frankreich



zeninstitute der beiden Bankengruppen Banque Populaires und Caisse d'Epargne wurden zu einem neuen Zentralinstitut und Verband BPCE (siehe ab Seite 13 „Wir stellen vor“) geformt. Nachdem Natixis auch im ersten Halbjahr 2009 einen Verlust von 2,7 Mrd. EUR einfuhr und die BPCE-Bilanz sowie den Aktienkurs damit belastete, gab die Mutter eine Garantie für das noch vorhandene Portfolio an illiquiden Titeln ab. Diese führte zu einer Stabilisierung des Aktienkurses von Natixis, weitere Verluste blieben im Verlauf des Jahres aus. Aber auch eine andere genossenschaftliche Gruppe, die Crédit Agricole (CA), hat in der Finanzkrise Federn lassen

der Finanz- und Schuldenkrise hohe Verluste erlitt und ebenfalls das Ergebnis der Mutter belastete.

Bei der aus der Raiffeisen-Bewegung hervorgegangenen Crédit Mutuel verlief das Jahr 2009 sehr viel ruhiger. Dort hatte man sich immer schon ganz auf das Retail-Banking konzentriert und dadurch kaum Blessuren durch die Finanzkrise erlitten. Schlagzeilen machte man dennoch, indem man das in Deutschland zum Verkauf stehende Privatkundengeschäft der Citibank erwerben konnte.

Auch die beiden privaten Großbanken Frankreichs schlugen sich im letzten Jahr äußerst unterschiedlich. Die Société Générale (SocGen) wurde nicht nur

von der Subprime-Krise getroffen, sondern litt auch unter betrügerischen Geschäften eines ihrer Händler. Ab dem zweiten Quartal konnte die SocGen zwar wieder Gewinne ausweisen, doch scheint sie durch den Betrugsskandal und mögliche Insidergeschäfte mit mehreren Personalwechseln geschwächt. Gewinner des vergangenen Jahres ist eindeutig BNP Paribas, die von der Krise am geringsten betroffen war. Sie baute mit der Übernahme der belgischen und luxemburgischen Aktivitäten der Fortis-Bank ihre Position als eine der führenden europäischen Banken weiter aus.

Insgesamt hat der Bankensektor in Frankreich 68 Mrd. EUR an Staatskrediten bekommen, als der Interbankenmarkt ausgetrocknet war. Dazu haben die größten Bankengruppen für 17 Mrd. EUR Vorzugsaktien begeben, die von der staatlichen Beteiligungsgesellschaft SPPE gezeichnet wurden. Somit ist der Staat im französischen Bankensektor stark involviert und beispielsweise bei BNP Paribas mit 17% inzwischen größter Einzelaktionär.

Die französische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Unser außerordentliches Mitgliedsinstitut, die Caisse d'Epargne d'Alsace, be-

sitzt neben seinem Hauptsitz in Straßburg noch 132 weitere Filialen über das gesamte Elsass verteilt. Anteilseigner der Caisse d'Epargne d'Alsace sind 12 lokale Spargesellschaften, die sich wiederum aus fast 90.000 Genossen zusammensetzen.

Mit einer Bilanzsumme von 8,0 Mrd. EUR (7,2 Mrd. in 2008) und 1.025 Mitarbeitern gehört sie zu den mittelgroßen französischen Sparkassen. Die Bilanz wies im Berichtsjahr Kundenforderungen in Höhe von 3,7 Mrd. EUR (3,4 Mrd. EUR in 2008) aus. Die Summe der verwalteten Kundengelder wurde im Berichtsjahr auf 4,5 Mrd. EUR nach 4,3 Mrd. EUR in 2008 beziffert. Das Institut erwirtschaftete in 2009 trotz Finanzkrise einen Jahresüberschuss von 32,0 Mio. EUR. Mit einer Eigenkapitalquote von 13,7% ist man bei der Caisse d'Epargne d'Alsace für zukünftige regulatorische Anforderungen und Wachstum des Kundengeschäfts gut gerüstet. Obwohl die Sparkassen inzwischen in der Rechtsform einer Genossenschaft geführt werden, sind sie in erster Linie dem Gemeinwohl und nicht den Interessen ihrer Genossen verpflichtet. Die französischen Sparkassen wenden daher große Summen für gemeinnützige und soziale Zwecke auf.

Der italienische Bankensektor

Während die italienischen Banken durch ihre eher konservative Geschäftspolitik in der Vergangenheit von den Auswirkungen der Finanzkrise fast gar nicht getroffen wurden, hatte die Ende 2008 einsetzende weltweite Krise der Realwirtschaft erhebliche Auswirkungen auf die italienischen Kreditinstitute. Bedingt durch höhere Kreditausfallraten mussten in den Bilanzen große Wertberichtigungen vorgenommen werden, die im gesamten Finanzsektor zu Verlusten in der Erfolgsrechnung führten. Die italienische Regierung schnürte zu

damit verbundenen guten Quartalsergebnissen zur Jahresmitte rückten dann aber beide Institute von ihrem Vorhaben wieder ab.

In der Folge entwickelte sich zwischen ihnen und Italiens Finanzminister Tremonti ein verbales Kräftemessen, das man auch als theaterreif bezeichnen könnte: Mal sollte ein Hilfeantrag gestellt werden, ein paar Tage später wollte man wieder auf die Inanspruchnahme verzichten, worauf es prompt Kritik vom Finanzminister hagelte. Da die Finanzhilfen unter anderem eine Auflage vorsahen, dass mit den zusätzli-

Italien



Beginn des Jahres 2009 wie viele andere europäische Staaten ein Hilfspaket, mit dessen Hilfe man in Bedrängnis geratenen Banken frisches Eigenkapital zur Verfügung stellen wollte. Im Vergleich zu den Summen, mit denen in anderen Ländern Hilfe geleistet werden musste, waren die 12 Mrd. EUR des italienischen Programms eher bescheiden und wurden anfangs als viel zu gering kritisiert.

Zu Beginn des Jahres hatten noch viele Institute Bedarf an der Stützungsmaßnahme signalisiert, allein die beiden Großbanken Unicredit und Intesa Sanpaolo wollten ursprünglich 6-8 Mrd. EUR an Hilfen beantragen. Mit Beginn der weltweiten Konjunkturerholung und

chen Mitteln bevorzugt Kredite für die Unternehmen bereitgestellt werden sollten, warf Tremonti Unicredit und Intesa Sanpaolo gerne vor, sie würden auf die Inanspruchnahme verzichten, da sie lieber keine Kredite mehr vergeben würden und stattdessen an den Finanzmärkten spekulieren wollten.

Man entschied sich bei Unicredit und Intesa Sanpaolo am Ende dann für Kapitalerhöhungen und gegen die Inanspruchnahme des Hilfspakets. So stellte sich am Ende heraus, dass die 12 Mrd. EUR aus dem Rettungsfonds im Nachhinein mehr als ausreichend waren und bisher lediglich von der Genossenschaftsbank Banca Popolare di Milano und der Genossenschaftsgruppe Banco

Popolare mit 500 Mio. EUR bzw. 1,45 Mrd. EUR in Anspruch genommen wurden. Letztere benötigte das Geld, um ihre Tochter Banca Italease zu sanieren, die nach einer Zusammenarbeit mit der deutschen VR Leasing in schwieriges Fahrwasser geraten war.

Die italienischen außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Die Banca Carige SpA blickt auf ein zufriedenstellendes Jahr 2009 zurück. Die Bilanzsumme bei unserem Mitgliedsinstitut erhöhte sich um 12,6% auf 29,8 Mrd. EUR nach 26,5 Mrd. EUR in 2008. Die Kreditvergabe wurde trotz schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen in Folge der Wirtschaftskrise um 10,0% auf 19,6 Mrd. EUR (2008: 17,9 Mrd. EUR) ausgeweitet. Auch die Kundeneinlagen erhöhten sich erheblich um 26,3% im Vergleich zum Vorjahr und liegen nun bei 13,1 Mrd. EUR nach 10,4 Mrd. EUR in 2008.

Bedingt durch die staatlichen Liquiditätsprogramme sank neben dem allgemeinen Zinsniveau auch die Zinsstrukturkurve in Italien, wodurch sich die positive Entwicklung bei den Bilanzkennzahlen nur bedingt in der Erfolgsrechnung widerspiegelt. So betrugen die Zinsüberschüsse im Berichtsjahr 530,3 Mio. EUR nach 593,9 EUR im Vorjahr, ein Rückgang um 10,7%. Zwar konnten die Provisionserlöse im Gegenzug um 8,8% auf 226,7 Mio. EUR (2008: 208,3 Mio. EUR) gesteigert werden, konnten den Ertragsrückgang aus den Zinserlösen aber nicht kompensieren.

Der konjunkturelle Einbruch in Italien führte bei der Banca Carige zu einem Anstieg der „non-performing-loans“. Die Quote betrug per Ende 2009 3,7% nach 3,0% im Vorjahr, wodurch unser

Mitgliedsinstitut erhöhte Wertberichtigungen vornehmen musste. Zudem stiegen die Personalkosten für die 4.557 Beschäftigten durch Tarifsteigerungen um 4,7% auf 307,5 Mio. EUR an, so dass unter dem Strich ein Gewinn von 201,1 Mio. EUR übrig blieb. Dies ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 10,0%, nachdem man dort noch 223,5 Mio. EUR ausweisen konnte.

Die Cost-Income-Ratio stieg dadurch leicht auf 57,31%.

Auch unser zweites Mitglied aus Italien, die Südtiroler Sparkasse AG in Bozen, kann trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes auf ein zufriedenstellendes Ergebnis zurückblicken. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 3,8% auf 8,2 Mrd. EUR (Vorjahr: 7,9 Mrd. EUR). Die Forderungen an Kunden nahmen um 3,7% zu und betrugen am Stichtag 6,7 Mrd. EUR. Damit ist unsere Mitgliedssparkasse ihrer Aufgabe nachgekommen, eine Kreditklemme zu verhindern und Familien und Unternehmen mit Kreditmitteln zu versorgen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stiegen ebenfalls und liegen mit 6,7 Mrd. EUR nun 4,6% über dem Vorjahreswert von 6,4 Mrd. EUR. Auch die Südtiroler Sparkasse hatte im vergangenen Jahr aufgrund der Rahmenbedingungen einen erhöhten Wertberichtigungsbedarf. Allerdings liegt der Anteil an den Gesamtausleihungen mit 2,56% (1,71% in 2008) unter dem Landesdurchschnitt (3,28%).

Bedingt durch das gesunkene Zinsniveau und die flachere Zinsstrukturkurve in Italien musste auch unser Mitgliedsinstitut aus Tirol einen Rückgang um 14,8% bei den Zinsüberschüssen hinnehmen. Sie steuerten im vergangenen Jahr 138,3 Mio. EUR zum Ertrag bei. Die Provisionsüberschüsse stiegen um

überdurchschnittliche 28,2% auf 56,8 Mio. EUR an, die Zuwächse konnten die geringeren Einnahmen im Zinsgeschäft aber nicht ausgleichen. Ein weiterer großer Posten in der Erfolgsrechnung sind bei der Südtiroler Sparkasse AG die Dividenden aus Beteiligungen. Diese lieferten im vergangenen Jahr 12,8 Mio. EUR Zusatzertrag und stammten zum überwiegenden Teil von der Sparim AG, einer Tochtergesellschaft unseres Mitglieds, die im Immobiliensektor tätig ist.

Die Betriebskosten stiegen um 5,8% auf 164,1 Mio. EUR und sind im Wesentlichen auf höhere Sachkosten durch Filialneueröffnungen im Jahr 2008 und 2009 zurückzuführen. Der Gewinn lag am Ende bei 17,4 Mio. EUR und damit um 40,1% unter dem Vorjahreswert. Die Cost-Income-Ratio der Südtiroler Sparkasse AG stieg auf 75,38% nach 73,09% im Vorjahr.

Der luxemburger Bankensektor

Als einer der größten Finanzplätze der Welt, an dem die Finanzindustrie rund die Hälfte des nationalen BIP erwirtschaftet, wurde Luxemburg 2009 von der fortschreitenden Finanz- und Wirtschaftskrise hart getroffen. Zwar sank das BIP durch den geringen Anteil exportorientierter Industrie im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern nur um 2,6% in 2009, dafür stand der Finanzsektor im Herzogtum ganzjährig unter enormen Druck. Da sich unter den Banken in Luxemburg zahlreiche Auslandstöchter von Großbanken befinden, war mit Schief-

musste der Einlagensicherungsfonds einspringen, um Kunden ihre gesetzlich geschützte Einlagensumme zurückzahlen zu können. Dazu musste der Staat zunächst 160 Mio. EUR in den Fonds einzahlen. Anschließend wurde das Bankgeschäft inklusive Kunden und deren Einlagen von der Banque Havilland S.A. übernommen.

Neben dem Staat musste auch die luxemburger Bankenaufsicht im vergangenen Jahr einige Male einschreiten, da man bereits vor der Schuldenkrise Anfang 2010 den hohen Anteil von Staatsanleihen in den Bilanzen der einheimi-

Luxemburg

lage der Mutter meist auch die luxemburger Tochter betroffen. So musste der Staat bei drei Bankkonzernen – in zwei Fällen zusammen mit anderen Länderregierungen – eingreifen und eine Insolvenz durch die Gewährung von Kapitalhilfen gewähren.

Im Falle der Fortis-Gruppe musste sich Luxemburg an der Stützung mit 2,5 Mrd. EUR beteiligen, für die Rettung von Dexia BIL musste anfangs ein Garantieschirm in Höhe von 4,5 Mrd. EUR aufgespannt werden, der sich mittlerweile auf 3 Mrd. EUR reduziert hat. Zusätzlich musste man sich mit der Kaupthing Bank Luxembourg S.A. beschäftigen, deren isländische Mutter verstaatlicht werden musste. Für die luxemburger Tochter

schen Banken als ein mögliches Gefahrenpotenzial für die Stabilität des Finanzsektors ausgemacht hatte. Seither achtet die Bankenaufsicht strikt darauf, dass der Anteil an Staatsanleihen in einem gesunden Verhältnis zum Eigenkapital eines Kreditinstitutes steht, um die sogenannten „sovereign risks“ möglichst gering zu halten.

Neben den monetär belastenden Ereignissen gab es im vergangenen Jahr auch zwei Vorfälle, die dem Ruf des Herzogtums einigen Schaden zufügten. Im Frühjahr geriet Luxemburg zunächst in die Diskussion um Schwarzgelder und Steuerhinterziehung und wurde im März vorübergehend auf die graue Liste der OECD gesetzt. Im Laufe des Jahres wur-

den zügig neue Abkommen ausgehandelt und so wurde Luxemburg als erstes der in der Diskussion stehenden Länder wieder von der Liste entfernt. Der andere Vertrauensschaden wurde durch den Betrugsfall um Bernard Madoff ausgelöst. Dieser hatte jahrzehntelang einen Investmentfonds nach dem Schneeballsystem betrieben und damit einen Schaden von 65 Mrd. Dollar angerichtet. Dieser Fonds operierte von Luxemburg aus und schnell wurde der Finanzaufsicht vorgeworfen, Kreditinstitute und Investmentgesellschaften nicht gut genug zu überwachen. Dass die Investmentgesellschaften nach von der EU vorgegebenen Standards überwacht werden und dass es eher die statistische Wahrscheinlichkeit war, dass sich solch ein Betrugsfall in Luxemburg ereignen könnte, wurde dabei gerne übersehen. Schließlich ist Luxemburg der zweitgrößte Finanzplatz für Investmentgesellschaften weltweit.

Die luxemburgische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Unser außerordentliches Mitglied in Luxemburg ist die Freie Internationale Sparkasse S.A. Sie kann auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2009 zurückblicken. Der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt in der Betreuung und Beratung vermögengereicher Privatkunden, dem so genannten „Private Banking“. Zudem wurde im Jahr 2000 mit der Inter-Portfolio Verwaltungsgesellschaft S.A. eine eigene Fondsgesellschaft gegründet, die bereits mehrere sehr erfolgreiche Investmentfonds aufgelegt hat. Im Geschäftsjahr 2009 erhöhte sich die Bilanzsumme um 19,6% auf 45,7 Mio. EUR nach 38,2 Mio. EUR in 2008. Kredite werden ausschließlich auf gesicherter Basis vergeben. Neben vermittelten Eu-

rokrediten werden Lombardkredite angeboten. Insgesamt ist das Kreditgeschäft als risikoarm anzusehen und stellt keinen Hauptgeschäftsteil der Bank dar. Die Forderungen an Kunden lagen mit 5,6 Mio. EUR leicht über dem Vorjahr (5,3 Mio. EUR).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stiegen ebenfalls nur unwesentlich um 0,4 Mio. EUR von 21,9 Mio. EUR im Vorjahr auf 22,3 Mio. EUR.

Im Wertpapierbereich hat sich der Gesamtbestand von 16,0 Mio. EUR auf 30,7 Mio. EUR erhöht. Die Hälfte dieser Wertpapiere (15,5 Mio. EUR nach 12,4 Mio. EUR in 2008) sind festverzinsliche Wertpapiere mit gutem Rating. Die nicht festverzinslichen Wertpapiere in Höhe von 15,2 Mio. EUR (2008: 3,6 Mio. EUR) beinhalten zu 93,6% Anteile von verschiedenen defensiven Teilfonds, für die die Tochtergesellschaft als Verwaltungsgesellschaft fungiert. Die Bewertung der Wertpapiere erfolgt weiterhin nach strengem Niederstwertprinzip.

Das von den 14 Mitarbeitern des Kreditinstituts erwirtschaftete Jahresergebnis 2009 liegt mit 1,8 Mio. EUR erheblich über dem Vorjahresergebnis von 40 TEUR. Provisions- und Zinsüberschuss blieben aufgrund des historisch niedrigen Zinsniveaus mit 3,0 Mio. EUR leicht unter dem Vorjahreswert von 3,1 Mio. EUR. Die Personal- und Sachkosten erhöhten sich durch die Ausweitung des Geschäftsvolumens und die damit verbundene Personalaufstockung von 1,7 Mio. EUR auf 2,2 Mio. EUR.

Die Cost-Income-Ratio liegt bei niedrigen 47,0% und mit einer Eigenkapitalquote von 28,05% ist man für zukünftiges Wachstum bestens gerüstet.

Der maltesische Bankensektor

Der Finanzplatz Malta ist 2009 im Gegensatz zu vielen anderen Standorten gut durch die Finanzkrise gekommen. Grund dafür ist hauptsächlich der geringe Anteil von strukturierten Produkten in den Portfolios der Banken. Die im Inland tätigen Banken betreiben ausschließlich traditionelles Retailgeschäft mit umsichtiger Kreditvergabe und einer Refinanzierung über Kundeneinlagen. Dadurch war die maltesische Regierung nicht gezwungen, Banken durch staatliche Hilfsprogramme zu stützen. Allerdings ist

Malta bietet also weiterhin hohe wirtschaftliche und politische Stabilität seit es in 2004 EU-Mitglied wurde. Der am schnellsten wachsende Wirtschaftszweig ist der Banken- und Finanzsektor, der bereits mehr als 12% des BIP ausmacht und über 6.000 Arbeitskräfte beschäftigt. Möglich macht diesen Aufschwung eine liberale und wirtschaftsfreundliche Politik. In Malta ist die Wahrung von Bank- und Geschäftsgeheimnissen strafrechtlich gesichert. Es gibt in Malta 19 Institute mit einer Banklizenz, die alle nach angelsächsischer Rechtsform firmieren. Die größten Insti-

Malta



der Inselstaat nicht komplett von der Krise verschont worden. Der weltweite Nachfrageeinbruch Ende 2008 und zu Beginn des Jahres 2009 hatte auch auf die maltesische Gesamtökonomie Einfluss. So mussten im exportorientierten verarbeitenden Gewerbe und im Tourismus Rückschläge in Kauf genommen werden. Um diesen Bereichen über diese konjunkturelle Phase hinwegzuhelfen, wurden staatliche Hilfsprogramme initiiert. Trotzdem lag man mit einer Neuverschuldung, gemessen am BIP, von 3,8% weit unter dem europäischen Durchschnitt und auch der Verschuldungsgrad liegt mit 67% auf einem für Europa äußerst niedrigen Niveau.

tute sind die Bank of Valetta plc. mit knapp 7 Mrd. EUR Bilanzsumme, gefolgt von der Raiffeisen Bank plc. mit ca. 6,1 Mrd. EUR.

Die Bank of Valetta plc. ist Mitglied der europäischen Sparkassenvereinigung in Brüssel. Das umfangreiche Produkt- und Dienstleistungsangebot wird durch die Geschäftsbereiche Investment und Private Banking abgerundet. Viele der dort ansässigen Kreditinstitute sind Töchter von ausländischen Banken, vor allem aus Österreich. Für diese ist Malta zwar ein Standort, aber kein Markt, weil wenig lokales Privatkundengeschäft möglich ist. Der geschäftliche Schwerpunkt liegt eher im „Wholesale banking“, also dem Großkundengeschäft

mit hauptsächlich syndizierten Krediten. Dabei sind vor allem die rechtlichen und steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten interessant. Es geht weniger um den Körperschaftsteuersatz, der in Malta bei 35% liegt, als um die tatsächliche steuerliche Belastung. Diese liegt wegen eines Anrechnungssystems oder angenommener Vorwegbesteuerungen wesentlich niedriger. Zu den günstigen Steuern kommen als weitere Standortfaktoren relativ niedrige Arbeitskosten für Mitarbeiter (Löhne liegen bei ca. 60% des europäischen Durchschnitts), die niedrigsten Sozialversicherungsbeiträge im gesamten Euro-Raum sowie nicht zuletzt Englisch als zweite Landes- und Amtssprache.

Die maltesische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Die Sparkasse Bank Mal plc. wurde vor wenigen Jahren von der Sparkasse Schwaz AG aus Österreich gegründet. Auch die Sparkasse Bank Malta plc. ist in erster Linie im Interbankengeschäft tätig. Durch die Finanzkrise wurden die Aktivitäten im Interbankengeschäft deutlich heruntergefahren, was die Bilanzkennzahlen verdeutlichen. Die Bilanzsumme reduzierte sich von 130,5 Mio. EUR auf 78,8 Mio. EUR. Forderungen an Kunden erhöhten sich von 12.400 EUR in 2008 auf 4,8 Mio. EUR in 2009, während die Forderungen an

Banken auf 33,8 Mio. EUR (2008: 67,9 Mio. EUR) abgebaut wurden. Auf der Passivseite hat sich das Verhältnis von Kundeneinlagen und Einlagen von Kreditinstituten umgedreht. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden notieren nun in der Bilanz mit 49,5 Mio. EUR nach 25,2 Mio. EUR in 2008, während die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 90,5 Mio. EUR auf 11,1 Mio. abnahmen. Bedingt durch die Niedrigzinspolitik der EZB zur Stabilisierung der Finanzmärkte konnten die Zinsüberschüsse durch geringe Refinanzierungskosten trotz geringerer Volumen deutlich ausgebaut werden und stiegen auf 1,4 Mio. EUR (2008: 0,7 Mio. EUR) zum Jahresergebnis bei. Die Provisionsüberschüsse blieben im Vergleich zum Vorjahr mit 0,8 Mio. EUR unverändert. Zwei Neueinstellungen, die das Team der Sparkasse Bank Malta plc. auf 13 erhöhte, verursachten eine Erhöhung der Verwaltungsaufwendungen von 605 TEUR auf 827 TEUR. Trotz der geringeren betreuten Volumina konnte in 2009 mit 1,0 Mio. EUR wieder ein Gewinn ausgewiesen werden, nachdem man im Vorjahr noch 150 TEUR Verlust ausweisen musste. Mit einer Cost-Income-Ratio von nur 34,08% und einer Eigenkapitalquote von 20,7% ist die Sparkasse Bank Malta plc. auf zukünftiges Wachstum bestens vorbereitet.

Der niederländische Bankensektor

Die Niederlande weisen nach Belgien den höchsten Konzentrationsgrad eines europäischen Bankenmarktes auf. Regional tätige Sparkassen sucht man in den Niederlanden vergeblich. Gab es in den Niederlanden Ende der sechziger Jahre noch 250 Sparkassen, ist diese Institutsgruppe heute nicht mehr existent. 1990 schlossen sich über 100 Sparkassen zur SNS Bank zusammen, die außerordentliches Mitglied unseres Verbandes ist. Ferner wurde der Konzentrationsprozess der Sparkassen von der belgisch-niederländischen Fortis-

Teilen des ABN Amro-Geschäfts für 24 Mrd. EUR deutlich verhaben. Der Finanzkonzern wurde zerschlagen, der niederländische Teil der Fortis und der von ihm übernommenen ABN Amro komplett verstaatlicht und mit einer Liquiditätsspritze von 23,3 Mrd. EUR und langfristigen Krediten in Höhe von 6 Mrd. EUR vom Staat aufgefangen. Teile des Commercial Banking der ehemaligen ABN Amro (Hollandsche Bank Unie mit 35.000 Firmenkunden und die Factoringbank IFN Finance) wurden im letzten Berichtsjahr für einen Preis von 700 Mio. EUR an die Deutsche Bank verkauft.

Niederlande



Gruppe vorangetrieben. In den Niederlanden teilen sich mit der Finanzgruppe ING, Fortis-Gruppe, Rabobank und der 2007 von einem Bieterkonsortium zunächst übernommenen ABN Amro vier Banken über 80% des Marktanteils. Bei solch großen, international tätigen Finanzkonzernen konnte die Finanzkrise auch an den Niederlanden nicht spurlos vorbeigehen. So musste der belgisch-niederländische Finanzkonzern Fortis für das Jahr 2008 einen Verlust von 20,6 Mrd. EUR ausweisen und konnte nur durch das Eingreifen der Benelux-Staaten vor einem Zusammenbruch bewahrt werden. Fortis hatte sich sowohl bei Wertpapieren mit niedriger Bonität verspekuliert als auch beim Kauf von

Für mögliche Verluste aus dem übernommenen Portfolio musste der holländische Staat 75% die Garantie übernehmen. Der Rest von Fortis und ABN Amro soll zusammengelegt und ab 2011 wieder privatisiert werden.

Die ING wurde ebenfalls mit einer staatlichen Finanzspritze in Höhe von 10 Mrd. EUR ausgestattet, um das Eigenkapital aufzustocken. Zusätzlich musste im vergangenen Jahr noch eine Absicherung für Risikopapiere im Nennwert von 27,7 Mrd. EUR vom niederländischen Staat übernommen werden. Von den Eigenkapitalhilfen hat die ING noch im Berichtsjahr 5 Mrd. EUR durch eine Kapitalerhöhung wieder an den Staat zurückzahlen können. Das

Management hat allerdings als Lehre aus der Finanzkrise einen radikalen Umbau der Finanzgruppe beschlossen. Bis 2013 will man sich komplett vom Versicherungs- und Kapitalanlagegeschäft trennen und in eine kleinere Bank mit europäischem Fokus verwandeln. Dies ist für ING der Abschied vom Allfinanzkonzern.

Die niederländische außerordentliche Mitgliedsparkasse

Unser Mitgliedsinstitut, die SNS Reaal Group, hält weiter am Konzept der Allfinanz fest und bietet in den heimischen Niederlanden Bank- und Versicherungsdienstleistungen an. Das Geschäftsjahr 2009 war aus Sicht der Gruppe ein durchwachsenes Jahr. Während das Retailgeschäft wie in den Vorjahren stetigen Ertrag (120 Mio. EUR) abwirft und das Versicherungsgeschäft nach riesigen Verlusten (473 Mio. EUR im Vorjahr) in 2009 wieder in die Gewinnzone zurückgekehrt ist (73 Mio. EUR), war im Berichtsjahr der Immobiliensektor – genauer die Projektfinanzierung in diesem Bereich – mit einem Verlust von 219 Mio.

EUR nach einem Gewinn von 28 Mio. EUR in 2008 das Sorgenkind der SNS Reaal Group. Zwar konnte der gewaltige Verlust in Höhe von 504 Mio. EUR aus dem Jahr 2008 in einen 17 Mio. EUR Gewinn der Gruppe umgekehrt werden, allerdings ist dieser Gewinn angesichts einer Bilanzsumme von 129 Mrd. EUR nicht unbedingt zufriedenstellend, zumal auch die SNS Reaal Group vom niederländischen Steuerzahler eine Finanzspritze in Höhe von 750 Mio. EUR benötigte, von der man im letzten Jahr erst 185 Mio. EUR wieder zurückgezahlt hat.

Für die SNS Bank hat die Gruppe für die nächsten Jahre eine konzeptionelle Neuausrichtung beschlossen. So sollen die bisherigen 150 Bankfilialen in etwas mehr als 300 SNS Shops umgewandelt werden, von denen ca. 80 selbst und der Rest über Franchisenehmer von Dritten betrieben werden sollen. In den Shops werden keine Kassengeschäfte mehr angeboten und ein Betreuungsschalter ist ebenfalls nicht vorgesehen. Stattdessen wird der Direktvertrieb über das Internet forciert.

Der norwegische Bankensektor

Der norwegische Bankenmarkt ist durch eine starke Konzentration geprägt. Das größte norwegische Kreditinstitut, die DnB Nor mit einer Bilanzsumme von 2.046 Mrd. NOK (247 Mrd. EUR) sowie einem Marktanteil von fast 50%, ist formell eine Sparkasse. Das Institut entstand 2003, als die damals größte norwegische Sparkasse, die Union Bank of Norway, durch die größte Geschäftsbank des Landes, die Den Norske Bank, übernommen wurde. Die Berechtigung zur Führung des Namens „Sparkasse“ behalten börsennotierte Kreditinstitute

vor allem durch Gewinnthesaurierung erfolgt. Seit 2002 können die Sparkassen ihre Rechtsform auch in eine Aktiengesellschaft umwandeln, allerdings hat hiervon bisher lediglich die DnB Nor Gebrauch gemacht.

Da der Markt in Norwegen weitestgehend verteilt ist, haben viele Banken ihr Geschäftsgebiet auf die neuen EU-Nachbarn Polen und das Baltikum ausgedehnt. Dies bescherte den Instituten Anfang des Jahrzehnts zweistellige Wachstumsraten und Gewinnrenditen, die deutlich über denen der restlichen EU lagen. Diese Engagements bereite-

Norwegen



dann, wenn deren Sparkassenstiftungen mind. 10% vom jeweiligen Aktienkapital besitzen. Da die Eigentümerstiftung der Union Bank of Norway noch immer 10,4% an der DnB Nor hält, ist diese formell eine Sparkasse und somit weiterhin Mitglied im Sparkassenverband. Als international ausgerichtete Geschäftsbank gehört sie aber auch gleichzeitig dem Bankenverband an.

Neben der DnB Nor gibt es weitere 126 norwegische Sparkassen, die aber im Gegensatz dazu regional ausgerichtet sind. Die meisten dieser Sparkassen haben sich zu drei Allianzen zusammengeschlossen. Die norwegischen Sparkassen verfügen alle über die Rechtsform der Stiftung, deren Kapitalbildung

ten im letzten Jahr zunehmend Probleme, da der Aufschwung im Baltikum zu einem erheblichen Teil kreditfinanziert war. Außerdem wurden die Kredite aufgrund der hohen Inflation und der damit verbundenen hohen Zinsen überwiegend in Euro vergeben, da man fest von einem baldigen Beitritt zur Euro-Zone ausging. Im Zuge der Wirtschaftskrise Anfang 2009 stürzte dieses Kartenhaus zusammen und viele Balten sind aufgrund der abgewerteten heimischen Währungen nun nicht mehr in der Lage, ihre Kredite zu bedienen. So lag der Wertberichtigungsbedarf auf Kreditforderungen bei der DnB Nor in den baltischen Staaten im Berichtsjahr zwischen 7% in Litauen und fast 14% in

Lettland und trübte die Bilanzen der nordischen Kreditinstitute. Allerdings konnten diese Verluste von den norwegischen Banken bisher durch gute Ergebnisse im Heimatmarkt aufgefangen werden, da Norwegen durch die stabile Öl-Nachfrage bisher relativ unbeschadet durch die Krise gekommen ist. Der norwegische Staat legte zu Beginn des Jahres 2009 zwar zur Sicherheit wie alle anderen europäischen Staaten ein 10 Mrd. EUR großes Liquiditätsprogramm auf, dieses wurde aber von den Banken nicht benötigt.

Die norwegische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Die Sparbanken Sør, unser Mitgliedsinstitut aus Norwegen, hat ein gutes Geschäftsjahr 2009 gemeldet. Die im Vorjahr durch den Zusammenbruch der Finanzmärkte erlittenen Verluste setzten sich nicht fort. Im Berichtsjahr wurde unser Mitgliedsinstitut als Konsequenz aus der Finanzkrise umstrukturiert. Man trennte das Retail-Banking und das Corporate Banking in 2 separate Bereiche, um die jeweiligen Teilbereiche zukünftig besser im Fokus zu haben. Zudem wurde mit der Sør Boligkreditt AS eine eigene Hypothekenbank gegründet, um die von der norwegischen Zentralbank ermöglichte günstige Refinanzierung für besicherte Forderungen effektiver nutzen und Kunden Kredite zu besseren Konditionen anbieten zu können. Weiterhin trat man im Berichtsjahr der Eigentümergemeinschaft der von Sparkassen gegründeten Versicherung Frende

Forsikring bei und begann, deren Lebens- und Sachversicherungen erfolgreich zu vertreiben.

Die Bilanzsumme ist um 4,9% von 33,7 Mrd. NOK in 2008 auf 35,3 Mrd. NOK (4,3 Mrd. EUR) im Berichtsjahr angestiegen. Die Forderungen an Kunden blieben im Vergleich zum Vorjahr unverändert bei 29,2 Mrd. NOK (2,9 Mrd. EUR), was allerdings an der Auslagerung von 5,3 Mrd. NOK (639 Mio. EUR) an die neue Hypothekengesellschaft lag. Kundeneinlagen nahmen um 5,6% auf 17,0 Mrd. NOK (2,0 Mrd. EUR) zu. Durch die auch in Norwegen in 2009 stark gesenkten Leitzinssätze und die Anpassungen nach oben im Verlauf des Jahres konnte der Zinsüberschuss trotz gestiegener Volumen nicht ganz gehalten werden. Der Zinsüberschuss war zum Bilanzstichtag mit 623 Mio. NOK (75,1 Mio. EUR) leicht niedriger als 2008 (76,1 Mio. EUR), das Provisionsergebnis war mit 151 Mio. NOK (18,2 Mio. EUR) auf Vorjahresniveau. Der Berichtigungsbedarf bei den Wertpapieren im Depot A der Sparbanken Sør, der 2008 noch 19 Mio. EUR betragen hatte, lag im Berichtsjahr nur noch bei 32 Mio. NOK (3,9 Mio. EUR). Da die Personalkosten mit 249 Mio. NOK (30 Mio. EUR) gegenüber dem Vorjahr unverändert waren und die anderen Verwaltungsaufwendungen um 8,2% auf 192 Mio. NOK (58,1 Mio. EUR) gesenkt werden konnten, stand am Jahresende ein Überschuss von 148 Mio. NOK (17,8 Mio. EUR) zu Buche.

Aktuelle sparkassenpolitische Entwicklungen

Die österreichische Sparkassengruppe hat die schwere Prüfung während der Finanzkrise gut bewältigt, ihr Geschäftsmodell hat sich als krisenresistent erwiesen. Trotzdem liegen die Ertragskomponenten der Sparkassengruppe – wie auch jene der meisten Mitbewerber – noch unter den Werten der Jahre 2006/07. Auch die Bilanzsumme ist gegenüber dem Jahr 2008 rückläufig, allerdings ausschließlich aufgrund der Reduktion des Aktiv- und Passivgeschäfts mit anderen Kreditinstituten.

dieser Emission wurde ein Volumen von rund 1,2 Mrd. Euro von der Republik Österreich und ein Volumen von rund 540 Mio. Euro von privaten und institutionellen Investoren gezeichnet.

Unterschied Investment- zu Retailbanken

Das vergangene Jahr verdeutlichte nicht nur in Österreich den gravierenden Unterschied zwischen den Geschäftsmodellen der Banken. Der Unterschied zwischen Investment- und der Retailbanken wurde in einer umfangreichen Studie des „Centre for European Policy Studies“ ana-

Österreich

Erfolge gab es hingegen beim Retailgeschäft, denn sowohl bei der Zahl der Neukunden und der Wertpapierdepots als auch bei den Kundengeldern gab es deutliche Zuwächse.

Die österreichische Bundesregierung hat durch eine bis Ende 2009 limitierte, unbeschränkte Einlagensicherung und durch vier Bankenpakete einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der Finanzkrise geleistet und damit vertrauensbildende Maßnahmen gesetzt. Zur Verbesserung der Kapitalsituation der Erste Group Bank AG wurde in der ersten Jahreshälfte 2009 im Rahmen dieser Bankenpakete – wie auch von den anderen Großbanken – die Begebung von Partizipationskapital beschlossen. Bei

lysiert. In dieser Studie wurde die nachhaltige, vorwiegend auf die Finanzierung der Realwirtschaft in ihren Regionen bezogene Geschäftsphilosophie der Retailbanken, also vor allem auch der Sparkassen, sowie deren Fähigkeit, sich an unterschiedliche Gegebenheiten und Bedürfnisse anzupassen, erkannt und im Gegensatz zu den Investmentbanken positiv bewertet. Dieser Unterschied wirkt sich positiv auf das Vertrauen der Kunden aus, die den dezentralen Banksektoren in Österreich bei allen Untersuchungen des Jahres 2009 durchweg bessere Beurteilungen ausgestellt haben als den Aktienbanken. Gleichzeitig hat dies bei diesen Sektoren aber kurzfristig auch manchmal Nachteile in der Ertragsoptimierung.

Umsetzung des Kooperations- und Haftungsverbundes

Ein wesentliches Kriterium zur besseren Bewältigung der Krise war die gemeinsame Liquiditätspolitik im Rahmen des neuen Kooperations- und Haftungsverbunds, durch die drohende massive Probleme einiger Sparkassen frühzeitig abgefangen werden konnten.

Dieser Kooperations- und Haftungsverbund umfasst nun alle Mitglieder der Sparkassengruppe. Eine Sparkasse, die Allgemeine Sparkasse Oberösterreich AG, ist dem Verbund zwar nicht beigetreten, hat aber über ihren Hauptaktionär, die Anteilsverwaltung Allgemeine Sparkasse (AVS), mit der Erste Bank Österreich einen Syndikatsvertrag und eine wechselseitige Haftungsvereinbarung abgeschlossen. Das stellt aus kartellrechtlicher Sicht ebenfalls einen Zusammenschluss dar, der im Mai 2010 auch von der europäischen Wettbewerbsbehörde genehmigt wurde.

Die Stärke dieser Zusammenarbeit kann nun voll ausgespielt und in der Produktentwicklung, im Vertrieb sowie im gemeinsamen Marktauftritt umgesetzt werden. Dieses Kooperationsmodell wurde als Referenzmodell der EU für alle anderen dezentralen Sektoren bezeichnet. Das Jahr 2010 wird allerdings zeigen, welche Auswirkungen die Vorschläge des Basel-Komitees zu den künftigen Eigenmittelvorschriften der Banken auf die Konsolidierung der Eigenmittel im Rahmen des Kooperations- und Haftungsverbundes haben werden.

s Österreich Initiative als Konsequenz der Finanz- und Wirtschaftskrise

Als Lehre und Konsequenz aus der Finanzkrise haben die österreichischen Sparkassen ab Beginn des Jahres 2009

unter dem Dachbegriff „s Österreich Initiative“ einige Maßnahmen zur besseren Anpassung an die Erfordernisse der Regionalwirtschaft und zur Stärkung des Kundenvertrauens gesetzt. Diese umfassten zum einen regionale Finanzierungsoffensiven für Klein- und Mittelbetriebe mit einer umfangreichen Beratung für alternative Finanzierungsquellen, vor allem staatliche Förderungen, sowie eine massive Förderung der thermischen Wohnhaussanierung mit Unterstützung des Staates. Zum anderen wurden Maßnahmen gesetzt, um auf die Problemsituationen der privaten Kunden besser reagieren zu können. Dazu gehören eine Reduzierung der Kontokosten für Kunden, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind, neue Modelle einer sicheren Zukunftsvorsorge, bessere Informationen zu komplexen, für Kunden schwer verständliche Produkte, das Anbieten ethisch orientierter Alternativprodukte und eine generelle Verlängerung der Beratungszeiten nach Terminvereinbarung von 7 bis 19 Uhr.

Zahl der Sparkassen in Österreich

Ende 2009 gab es in Österreich neben der Erste Group, der Erste Bank Österreich und der rein gemeinwohlorientierten Zweite Sparkasse 52 regionale Sparkassen. 40 Institute haben ihren Geschäftsbetrieb in eine Aktiengesellschaft ausgelagert. Die übrigen 15 regionalen Sparkassen bestehen noch in der traditionell eigentümerlosen Form, wobei drei als Gemeindesparkassen und zwölf als Vereinssparkassen gegründet wurden. Als Aktionäre der AGs treten neben 10 Anteilsverwaltungssparkassen 35 Stiftungen auf, wobei in einigen Fällen mehrere Stiftungen Anteile an einer AG halten. Schließlich sind einige

Sparkassen-Aktiengesellschaften auch an anderen Sparkassen, zum Teil mehrheitlich, beteiligt. Der Anteil der Vereinssparkassen an der gesamten Bilanzsumme der Sparkassengruppe beträgt 85 %. Deshalb wird in der Folge die Entwicklung der Erste Bank und der Sparkassen (ohne die Erste Group Bank AG) geschildert, die mit der Entwicklung der Vereinssparkassen im weitesten Maß ident ist.

Geschäftsentwicklung der österreichischen Sparkassen

Die Erste Bank und die Sparkassen reduzierten im Jahr 2009 die Bilanzsumme gegenüber 2008 um 2,7 % auf 89.158 Mio. Euro. Dieser Rückgang betraf nur das Zwischenbank- und nicht das Kundengeschäft. Die Gesamteinlagen in Höhe von 53.902 Mio. Euro lagen um 2,5 % über dem Vergleichswert von 2008, das Kreditvolumen in Höhe von 57.398 Mio. Euro stagnierte vor allem aufgrund des konjunkturbedingten Nachfragerückgangs der Wirtschaft nach Fremdfinanzierungen und des geringeren Darlehensbedarfs der privaten Haushalte im Vergleich zum Vorjahreswert. Das Kernkapital (Tier1-Kapital) der Sparkassen betrug 4,6 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Anteil von 74,6 % an den gesamten Eigenmitteln und einer Kernkapitalquote, bezogen auf das Kreditrisiko, von 11,6 % (2008: 10,7 %). Die Anzahl der Mitarbeiter betrug nach Köp-

fen 14.332 (-411 gegenüber 2008) und die Anzahl der Bankstellen 1.052 (-10 gegenüber 2008). Durch eine Kooperation mit der größten österreichischen Tankstellenkette gibt es allerdings seit Anfang 2010 170 zusätzliche Bankstellen mit multifunktionalen Selbstbedienungsgeräten in Tankstellen der OMV-Kette. Die Sparkassen betreuen in Österreich bereits mehr als 3 Millionen Kunden und konnten ihren kundenbezogenen Marktanteil in den letzten Jahren kontinuierlich steigern.

Das Betriebsergebnis stagniert seit 2007 und betrug im Jahr 2009 783 Mio. Euro, das entspricht 0,86 % der DBS. Wegen der rückläufigen Wertberichtigungen für Ausleihungen, Wertpapiere und Beteiligungen stieg das Jahres-EGT gegenüber 2008 um 76 % auf 370 Mio. Euro und beträgt nun 0,41 % der DBS. Der Jahresüberschuss nach Steuern stieg um 98 % auf 253 Mio. Euro, das entspricht 0,28 % der DBS.

Die Cost-Income-Ratio liegt mit 65,0 % geringfügig günstiger als 2008. Der ROE nach Steuern stieg wegen des guten Jahresüberschusses auf 5,6 % (2008: 3,2 %). Die Loan to Deposit Ratio, also das Verhältnis von Krediten zu Einlagen betrug im Berichtsjahr 106,5 % (2008: 109,5 %).

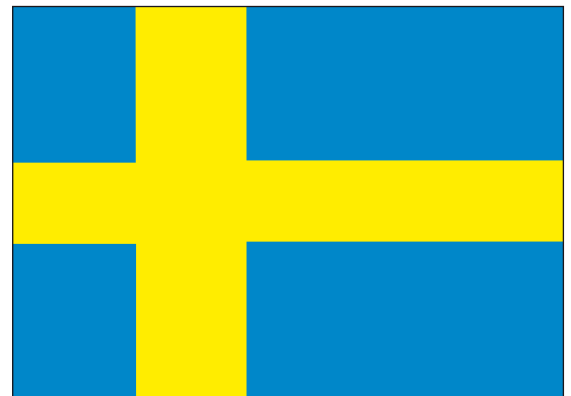
Alfred Paleczny
Österreichischer Sparkassenverband

Der schwedische Bankensektor

Die 63 schwedischen Sparkassen verfügen landesweit über einen Marktanteil von nur 6%, haben aber regional teilweise eine sehr starke Marktposition und verfügen dort über weit höhere Marktanteile. Mit 254 Filialen unterhalten die kleinen schwedischen Sparkassen immerhin ca. 10% der Bankfilialen in Schweden. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur flächendeckenden Versorgung von kleinen und mittleren Unternehmen mit Finanzdienstleistungen.

haben vor allem die Swedbank, SEB und Nordea stark ins Baltikum, nach Russland und Osteuropa expandiert. In der Finanzkrise hat sich das Auslandsengagement der schwedischen Kreditinstitute in den baltischen Staaten – jahrelang mit Anteilen von bis zu 40% am Gesamtgewinn ein starker Ertragsbringer – als Belastung herausgestellt. Diese Staaten verdankten ihr rasantes Wachstum der letzten Jahren den günstigen Standortbedingungen und sind stark vom Export abhängig. Die Binnenmärkte zeichneten sich vor allem durch hohe Inflationsraten im teil-

Schweden



Die größte Gruppe der in Schweden tätigen Banken bilden die Geschäftsbanken mit den „großen Vier“ an der Spitze. Dies sind die FöreningsSparbanken (Swedbank), die Svenska Handelsbanken, die Nordea und die SEB. Sie haben, gemessen an der Bilanzsumme, einen Marktanteil von über 80%. Von den „großen Vier“ hat die Swedbank ihre Wurzeln im Sparkassen- und Genossenschaftssektor. Dies erklärt auch, warum sie landesweit über ein großes Zweigstellennetz mit 490 Filialen verfügt. Der schwedische Bankenmarkt ist von einem harten Wettbewerb und hoher Bankenkonzentration gekennzeichnet, organisches Wachstum im Heimatmarkt ist nur noch schwer möglich. Deshalb

weise zweistelligen Bereich aus, die hauptsächlich durch überhitzte Immobilienmärkte verursacht wurden. Deshalb wurden viele Hausfinanzierungen in Fremdwährungen (85% Euro-Kredite) vergeben. Von dem weltweiten Nachfragerückgang wurden die baltischen Staaten mit voller Wucht getroffen. Hohe Arbeitslosigkeit, Lohnkürzungen und einbrechende Immobilienpreise um bis zu 70% waren die Folge. Daher können nun viele Kreditnehmer ihre Finanzierung nicht mehr bedienen. Lettland konnte nur durch einen Notkredit des IWF und der EU über 7,5 Mrd. EUR vor dem Staatsbankrott gerettet und eine Abwertung des Lats gegenüber dem Euro verhindert werden.

Swedbank, SEB und Nordea sind alleine in Lettland mit 12,6 Mrd. EUR die größten Kreditgeber, insgesamt haben sie in den baltischen Staaten knapp 60 Mrd. EUR verliehen. Um die hohen Kreditausfallraten zu verarbeiten, mussten alle drei Großbanken neues Kapital in der Größenordnung von knapp 5 Mrd. EUR bei ihren Aktionären aufnehmen. Der schwedische Staat beteiligte sich an dem Notkredit für Lettland mit alleine 2,5 Mrd. EUR und stellte für die schwedischen Banken einen Stabilitätsfonds über 5 Mrd. EUR zur Verfügung.

Die schwedischen außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Unser außerordentliches Verbandsmitglied, der Sparbankernas Riksförbund, vertritt die Interessen der 63 zum Teil sehr kleinen Sparkassen in Schweden. Viele dieser Sparkassen haben weniger als 100 Mitarbeiter und sind daher auf Kooperationen innerhalb der Sparkassengruppe angewiesen. Als Spitzeninstitut unter den Sparkassen in Schweden fungiert die Swedbank. Die Swedbank hat umfangreiche Kooperationsabkommen mit den kleineren Sparkassen des Sparbankernas Riksförbund, insbesondere in den Bereichen Produktentwicklung und IT-Dienstleistungen, geschlossen. Der zunehmende Wettbewerbsdruck und flache Zinskurven sind auch bei den Sparkassen in Schweden

spürbar. Um im harten Wettbewerb bestehen zu können, wurde die Anzahl der Mitarbeiter der im Verband zusammengeschlossenen Institute weiter abgebaut und das Filialnetz nochmals gestrafft.

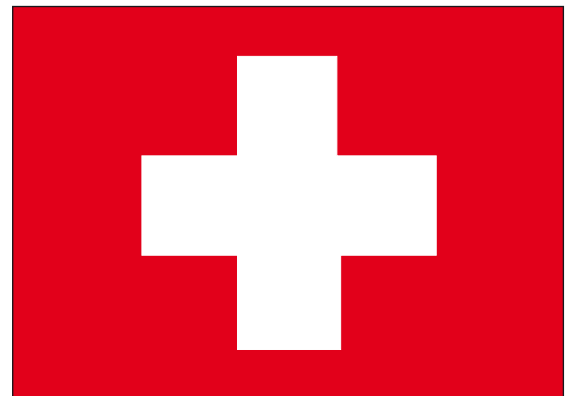
Unsere Mitgliedssparkasse Sparbanken Syd, die ebenfalls dem schwedischen Sparkassenverband angeschlossen ist, hat auch im Jahr 2009 ihre Bilanzpositionen ausbauen können. Die Bilanzsumme stieg auf 8,8 Mrd. SEK (858 Mio. EUR) nach 7,9 Mrd. SEK in 2008. Die Forderungen an Kunden erhöhten sich auf 7,4 Mrd. SEK oder 722 Mio. EUR (2008: 7,2 Mrd. SEK), Kundeneinlagen wuchsen von 5,9 Mrd. SEK in 2008 auf 6,4 Mrd. SEK (624 Mio. EUR) im Berichtsjahr an. Die Erfolgsrechnung 2009 wurde auch bei unserer schwedischen Sparkasse durch die Finanzkrise belastet. So sank der Zinsüberschuss durch die niedrigen Leitzinsen auf 140,5 Mio. SEK oder 13,7 Mio. EUR nach 180,2 Mio. SEK in 2008. Das Provisionsergebnis entwickelte sich hingegen positiv und lag im Berichtsjahr bei 85,0 Mio. SEK (8,3 Mio. EUR) nach 73,7 Mio. SEK in 2008. Da auch das Handelsergebnis im Vergleich zum Vorjahr wieder einen positiven Beitrag zum Jahresergebnis beisteuern konnte, lag der Jahresüberschuss mit 47,3 Mio. SEK (4,6 Mio. EUR) deutlich über dem schwachen Ergebnis von 2008 (21,2 Mio. SEK).

Der Schweizer Bankensektor

Die Turbulenzen des Vorjahres hielten die Eidgenossen auch im Jahr 2009 in Atem und sorgten im Schweizer Bankensektor für tiefgreifende Änderungen. Zunächst brachte weiterer Abschreibungsbedarf bei Kapitalanlagen bei den beiden Großbanken UBS und Credit Suisse wie im Vorjahr weitere Milliardenverluste, die deren Eigenkapitalquote weiter in gefährliche Regionen drückte. Während die CS die Verluste weiterhin ohne Verluste bewältigen konnte, musste die UBS Ende 2008 mit sechs Milliarden Franken aus der

wie z.B. in Island, gezogen zu werden, wurden als Sofortmaßnahmen für Schweizer Kreditinstitute von der Bankenaufsicht Finma höhere Eigenkapitalanforderungen erlassen. Zusätzlich beschäftigte man sich mit der „too-big-to-fail“-Problematik und versuchte Lösungen zu finden, sich zukünftig nicht mehr von den beiden Großbanken erpressbar machen zu lassen. Sowohl bei der Begrenzung von Bonifikationen als auch bei der Lösung des Größenproblems von UBS und CS konnte bis heute kein Konsens gefunden werden.

Schweiz



Staatskasse unterstützt werden. Trotz dieser Tatsache schüttete die UBS zu Beginn des Jahres 2009 mehrere Milliarden an Bonifikationen aus und brachte die Bürger auf die Barrikaden. Es wurde ein Gesetz gefordert, mit dem solche Gehaltsexzesse zukünftig unterbunden werden können. Zudem wurde den Eidgenossen schmerzlich bewusst, wie gefährlich in einer kleinen Volkswirtschaft wie der Schweiz Großbanken wie UBS und CS werden können. So besitzen beide Institute zusammen eine Bilanzsumme von rund 1,5 Billionen CHF, was dem Fünffachen des jährlichen Bruttoinlandsprodukts des Landes entspricht. Aus Sorge, im Falle einer tiefgreifenden Krise in eine Staatskrise,

Neben der Finanzkrise beschäftigte das Schweizer Bankwesen im vergangenen Jahr die Diskussion um das schweizerische Bankgeheimnis. Durch die massiven Kosten der weltweiten Finanzkrise für den Steuerzahler rückten die bei Kreditinstituten in der Schweiz vor dem heimischen Fiskus versteckten Vermögen und Schwarzgelder sowohl in den USA als auch in der EU in den Fokus. Da die Schweiz neben dem auch im Alpenland strafbaren Steuerbetrug noch den Tatbestand der Steuerhinterziehung kennt, konnten ausländische Steuerbehörden im letzteren Fall bisher keinerlei Amtshilfe einfordern. Da diese Unterscheidung im Steuerrecht vieler OECD-Länder nicht getroffen wird, wollten vor allem

die EU-Finanzminister die Blockade der Schweizer Kreditinstitute angesichts leerer Staatskassen nicht mehr länger hinnehmen. Die öffentliche Diskussion gipfelte in der Drohung, die Schweiz zusammen mit anderen Steuerparadiesen auf die schwarze Liste zu setzen. Daraufhin willigte die Schweiz ein, neue Abkommen mit den Staaten der EU und den USA auszuhandeln.

Die schweizerische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Unsere Mitgliedssparkasse in der Schweiz, die AEK Bank 1826 in Thun, konnte das Jahr 2009 wiederum sehr erfolgreich gestalten. Als kleine Regionalbank steht für die AEK Bank traditionell der Kunde im Vordergrund, riskante Eigengeschäfte haben keinen Platz in der Geschäftsphilosophie unseres Mitglieds.

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 86,6 Mio. CHF (58,4 Mio. EUR) oder 3,4% auf 2,63 Mrd. CHF (1,77 Mrd. EUR).

Auf der Aktivseite wurden im vergangenen Jahr aufgrund der Zinssituation vermehrt variable Hypotheken in Festzinsdarlehen umgewandelt. Zudem konnten neue Hypothekarforderungen in Höhe von 40,5 Mio. CHF (27,3 Mio. EUR) aufgebaut werden auf einen neuen Stand von 2,1 Mrd. CHF (1,4 Mrd. EUR). Auf der Passivseite konnten die Kundeneinlagen insgesamt um 69,7 Mio. CHF (47 Mio.

EUR) erhöht werden. Diese Mittelzuflüsse können zum großen Teil auf die Finanzkrise zurückgeführt werden, in der Kunden ihre Gelder von krisengeschüttelten Großbanken auf solide wirtschaftende Institute wie die AEK Bank umschichteten. Durch das niedrige Zinsniveau wurden die Kundeneinlagen zunehmend kurzfristig auf Sparkonten deponiert, während längerfristige Anlagen abnahmen.

In der Erfolgsrechnung stellten die Zinsüberschüsse mit einem Anteil von 91,9% am Gesamtertrag weiterhin die wichtigste Ertragsquelle der AEK Bank 1826 dar. Durch den günstigen Verlauf der Zinskurve konnten die Überschüsse um 1,6 Mio. CHF (1,1 Mio. EUR) auf 47,8 Mio. CHF (32,2 Mio. EUR) gesteigert werden. Der Provisionsüberschuss konnte mit 2,0 Mio. CHF (1,35 Mio. EUR) auf Vorjahresniveau gehalten werden. Die Aufwendungen erhöhten sich leicht um 0,2 Mio. CHF (0,14 Mio. EUR) und resultieren im Wesentlichen aus leicht gestiegenen Personalkosten. Mit einem Bruttogewinn von 32,5 Mio. CHF (21,9 Mio. EUR) konnte ein hervorragendes Ergebnis erzielt werden. Der Jahresgewinn nach Steuern betrug rund 8,8 Mio. CHF (5,9 Mio. EUR).

Mit einer Cost-Income-Ratio von 37,5% und einer Tier-1 Eigenkapitalquote von 11,6% ist die AEK Bank 1826 überaus robust aufgestellt.

Der spanische Bankensektor

Spaniens Finanzsektor ist von der in den USA ausgelösten Finanzkrise direkt nicht betroffen, da die hohe Inlandskreditnachfrage Anlagen an den Kapitalmärkten überflüssig machte. Zudem hatte die spanische Notenbank außerbilanzielle Garantiegeschäfte ohne entsprechende Eigenkapitalunterlegung untersagt. Daher machten Geschäfte in diesen Märkten betriebswirtschaftlich für die spanischen Banken keinen Sinn. Den Folgen eines weltweiten konjunkturellen Abschwungs konnte sich aber auch Spanien nicht entziehen. Die wirtschaftliche

beitslosigkeit führte dazu, dass Familien ihre oft mit geringem Eigenanteil gestalteten Finanzierungen nicht mehr tragen konnten, ein freihändiger Verkauf aufgrund des Überangebots und fallender Preise aber nur noch mit hohen Verlusten möglich war. Dies führte im vergangenen Jahr bei den spanischen Banken zu einem starken Bedarf an Wertberichtigungen. Der Anteil notleidender Kredite stieg branchenweit auf 5,5%, bei einzelnen Sparkassen liegt er bei über 7%.

Bislang konnten die auch in Südamerika tätigen internationalen Großbanken

Spanien



Boomphase Spaniens in den letzten Jahren wurde zu einem großen Anteil vom Bausektor getragen. Hohe Preissteigerungen im Immobilienmarkt sorgten für rege Bautätigkeit und gute Gewinnspannen. Niedrige Zinsen und lange Finanzierungslaufzeiten sorgten dafür, dass die Nachfrage nach Immobilien trotz überhöhter Preise und Überkapazitäten bei den Neubauten nicht abflachte. Die aus der Finanzkrise resultierende Abkühlung der weltweiten Konjunktur brachte die Immobilienblase dann zum Platzen. Fertiggestellte Bauprojekte fanden keine Abnehmer mehr, drückten die Marktpreise nach unten und trieben viele Bauträgergesellschaften in den Konkurs. Die steigende Ar-

Santander und BBVA diese Entwicklung am heimischen Markt durch gute Erträge in Übersee kompensieren, wobei man einen Anstieg der Kreditausfallraten in Spanien auch dadurch verhindern konnte, dass die Kreditinstitute viele der fertiggestellten, aber derzeit unverkäuflichen Objekte von Bauträgern zur Tilgung der Kredite erwarb. Banco Santander ist trotz der kritischen Lage in Spanien sogar so gut aufgestellt, dass man die Finanzkrise zur Expansion nutzt. So erwarb Banco Santander erst kürzlich das Privatkundengeschäft der SEB in Deutschland und steht in Verhandlungen über den Erwerb der in Großbritannien zum Verkauf stehenden 300 RBS-Filialen.

Die fast ausschließlich in Spanien tätigen Sparkassen traf die Entwicklung besonders hart, auch weil sie durch die politische Präsenz in den Aufsichtsgremien oft für regionale Strukturprojekte erhalten mussten, die betriebswirtschaftlich aus heutiger Sicht nicht immer sinnvoll erscheinen. Im März 2009 musste die Zentralbank bei der Caja Castilla La Mancha intervenieren, da sie kurz vor der Zahlungsunfähigkeit stand. Die spanische Notenbank drängte darauf, durch Fusionen schwächere Institute zu stützen und Überkapazitäten abzubauen. Die spanische Regierung richtete für die Banken einen Hilfsfonds (FROB – Fondo de Reestructuración Ordenada Bancaria) ein, der von der Zentralbank und den sektoralen Einlagensicherungsfonds gespeist wurde. Da die Zentralbank den spanischen Markt als „overbanked“ ansieht, nutzte man diesen Fonds zur Einleitung von Konsolidierungsmaßnahmen. So können Mittel nur abgerufen werden, wenn entsprechende Umstrukturierungspläne unter anderem die Fusion mit anderen Instituten vorsehen. Damit schaffte man es im Falle der Sparkassen, ein bislang de facto unüberwindbares Vetorecht der politischen Regionen außer Kraft zu setzen, die Fusionen von Sparkassen unterschiedlicher Regionen trotz vor Jahren aufgehobenem Regionalprinzips in der Vergangenheit meist verhindern konnten. Derzeit liegen der Zentralbank Fusionspläne vor, die die Anzahl der 45 in Spanien tätigen Sparkassen auf 18 sinken lassen würde. Die Zentralbank rechnet in der Folge mit einem Abbau an Filialen von 30% mit entsprechenden Folgen für die Belegschaft der betroffenen Institute. Da die spanischen Sparkassen durch die Boomjahre stark aktivlastig sind, durch

die Dominanz von Politik und ihre Rechtsform (stiftungsähnlich) aber bislang nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen (stimmrechtlose, börsennotierte Cuotas Participativas) Kapital auf den internationalen Finanzmärkten aufnehmen konnten, sah sich die spanische Regierung zu einer Reform des Sparkassengesetzes gezwungen. Die Eckpunkte der Reform sind:

- Einführung börsennotierter Eigenkapitalinstrumente mit Stimmrechten bis zu 50% des Kapitals. Keine Begrenzung des Anteils eines einzelnen Investors.
- Möglichkeit, das operative Geschäft in eine neue Geschäftsbank einzubringen und sich in eine Stiftung umzuwandeln.
- Gewählte Politiker können nicht mehr Mitglied des Aufsichtsrats einer Sparkasse sein, mindestens die Hälfte der AR-Mitglieder muss eine fachliche Eignung vorweisen.

Obwohl es aus Sicht der Freien Sparkassen ein guter Schritt ist, den politischen Einfluss auf die geschäftlichen Entscheidungen der Sparkasse zu begrenzen, sehen wir die Gesetzesreform und den Fusionszwang durchaus kritisch. Durch die Fusionen entstehen überregionale Institute mit Bilanzsummen zwischen 40 und 80 Mrd. EUR, vereinzelt sogar mehr als 200 Mrd. EUR, wodurch den Sparkassen unserer Meinung nach die regionalen Wurzeln verloren gehen können. Die Möglichkeit, privaten Investoren Beteiligungen bis zu 50% an einer Sparkasse zu ermöglichen, sehen wir als weitere Gefahr, da sich die Gemeinwohlorientierung auf Dauer nicht mit den Interessen nach hoher Dividendenrendite eines privaten Investors vertragen dürfte. Wohin eine solche Entwicklung für Sparkassen und den Bankensektor

allgemein führen kann, kann man an Ländern wie Großbritannien, den Niederlanden oder Italien deutlich ablesen.

Die spanische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Die Caixa Catalunya aus Barcelona hat ein turbulentes Jahr 2009 hinter sich. Nachdem man bedingt durch die Finanzkrise in 2008 konsequent das Handelsportfolio um fast 40% sowie Geschäfte mit Banken und Institutionellen abgebaut hatte, musste auch unser Mitgliedsinstitut im letzten Jahr mit ansteigenden Kreditausfällen umgehen.

Da auch die Caixa Catalunya auf Hilfen aus dem staatlichen Hilfsfonds FROB zurückgreifen musste, wurde im Rahmen eines Umstrukturierungsplans die Fusion mit den Sparkassen aus Tarragona

und Manresa angekündigt. Deshalb lag uns bis zur Drucklegung kein Jahresabschluss vor.

Die Fusion der Caixa Catalunya, Caixa Tarragona und Caixa Manresa wurde mittlerweile genehmigt und das fusionierte Institut öffnete seine Filialen zum 1. Juli 2010 unter dem neuen Namen *Caixa d'Estalvis de Catalunya, Tarragona i Manresa* mit folgenden ausgewählten Kennzahlen:

- Bilanzsumme: 81 Mrd. EUR
- Ausleihungen: 62 Mrd. EUR, Kundeneinlagen: 70 Mrd. EUR
- 4 Mio. Kunden
- 8.000 Beschäftigte in 1.212 Filialen, hauptsächlich in Katalonien, aber auch in allen anderen autonomen Regionen Spaniens, speziell Madrid und Llevant.

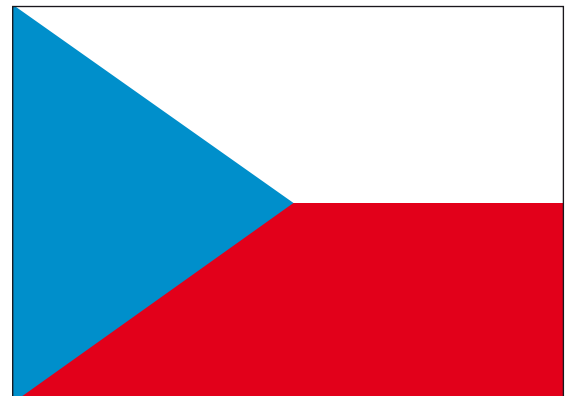
Der tschechische Bankensektor

Nach der Bankenkrise Mitte der neunziger Jahre hat sich der tschechische Bankenmarkt inzwischen stabilisiert. Heute existieren in Tschechien noch 37 Kreditinstitute. Darunter befindet sich mit der Česká spořitelna a.s. als größtem Institut auch die landesweit operierende tschechische Sparkasse. Sie wurde 2000 mehrheitlich von der Ersten Bank der oesterreichischen Sparkassen AG übernommen und entwickelte sich seither zur führenden Retailbank Tschechiens mit 646 Filialen und 5,3 Millionen Kunden. Daneben gibt es

lungenen Privatisierungspolitik der neunziger Jahre.

Die weltweite Wirtschaftskrise zu Beginn des Jahres 2009 hat auch Tschechien hart getroffen. Nach Wachstumsraten von jeweils über 6% hat Tschechien im letzten Jahr einen Rückgang des BIP um 4,1% hinnehmen müssen. Nach jahrelangem Sinken der Arbeitslosenrate bis auf 4,2% stieg sie im Berichtsjahr aufgrund der stark exportorientierten Automobilindustrie auf 9,9% an und verursachte trotz tiefgreifender Reformen im Gesundheitssystem, Rentensystem und Arbeitsmarkt im

Tschechien



keine weiteren Sparkassen in Tschechien. Auch die anderen großen tschechischen Kreditinstitute sind heute mehrheitlich Töchter von internationalen Finanzkonzernen, beispielsweise die Československá obchodní banka, CSOB oder die Komerční banka, die sich im Besitz der belgischen KBC bzw. der französischen Société Générale befinden. Diese 3 Institute vereinigen über 50% der Bilanzsummen, 60% der Kundeneinlagen sowie fast 50% der Kundenkredite auf sich. Somit befindet sich der tschechische Bankenmarkt, der nunmehr als weitgehend verteilt gilt, überwiegend in der Hand ausländischer Bankkonzerne. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auch eine Folge der miss-

Berichtsjahr ein Staatsdefizit von 5,2% des BIP.

Der Bankensektor ist hingegen vergleichsweise gut durch die Krise gekommen und musste nicht durch staatliche Intervention gestützt werden. Zwar erhöhte sich durch Arbeitslosigkeit und Betriebspleiten auch bei den tschechischen Banken der Wertberichtigungsbedarf, dieser führte aber im Gegensatz zu anderen osteuropäischen Staaten nicht zu Verlusten, die bei einer der Banken zur existenziellen Bedrohung führten. Hauptgrund dafür dürfte gewesen sein, dass Zinsniveau und Preissteigerungen in Tschechien in den letzten Jahren auf dem Niveau der Eurozone lagen und Ausleihungen dadurch

nicht wie andernorts üblich in Fremdwährungen gegeben wurden. Zudem wurde die Boomphase vor der Finanzkrise nicht wie in anderen Ländern Europas durch den Bausektor und stark steigende Immobilienpreise getragen, so dass die Immobilienpreise in Tschechien zurzeit nur leicht rückläufig sind.

Die tschechische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Die Česká spořitelna a.s., unsere Mitgliedssparkasse aus Tschechien, blickt auf ein trotz der Krise erfolgreiches Jahr 2009 zurück und festigte ihre Stellung als Retailbank Nr. 1 in Tschechien. Mit fast 11.000 Mitarbeitern in über 660 Filialen betreut man 5,3 Mio. Kunden. Die Bilanzsumme verringerte sich leicht von 862 Mrd. CZK in 2008 auf 855 Mrd. CZK (32,3 Mrd. EUR). Forderungen an Kunden nahmen um 8 Mrd. CZK (0,3 Mrd. EUR) auf 469 Mrd. CZK (17,7 Mrd. EUR) zu. Im Einlagenbereich konnte die Česká spořitelna a.s. die großen Volumensteigerungen der Vorjahre aufgrund der wirtschaftlich schwierigen Situation im Land nicht wiederholen, die Einlagen der Kunden stagnierten auf Vorjahresniveau

bei nun 643 Mrd. CZK (24,3 Mrd. EUR). Die Ertragslage der Česká spořitelna a.s. ist vor dem Hintergrund steigender Wertberichtigungen erfreulich. Die Zinsüberschüsse lagen mit 31,1 Mrd. CZK (1.175 Mio. EUR) leicht über denen des Vorjahres. Auch die Provisionsüberschüsse konnten mit 11,4 Mrd. CZK (431 Mio. EUR) leicht über dem Niveau von 2008 gehalten werden. Im Kreditbereich musste die Česká spořitelna a.s. in 2009 erhöhte Wertberichtigungen durchführen. Diese stiegen von 3,5 Mrd. CZK (132 Mio. EUR) in 2008 auf 8,6 Mrd. CZK (325 Mio. EUR) im Berichtsjahr. Durch ein verbessertes Handelsergebnis (3,4 Mrd. CZK oder 128 Mio. EUR) und Einsparungen bei den Aufwendungen (22,1 Mrd. CZK bzw. 835 Mio. EUR) konnten diese aber kompensiert werden und so stand am Ende ein Jahresergebnis, das mit 11,8 Mrd. CZK (446 Mio. EUR) sogar noch über dem um Einmaleffekte bereinigten Ergebnis des Jahres 2008 lag. Beleg dafür ist eine Cost-Income-Ratio, die gegenüber sehr guten 45,8% im Vorjahr noch einmal gesenkt werden konnte, auf nun 42,0%.

Breit gefächelter Aufgabenkatalog

Der „Verband der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen e.V.“ – kurz Verband der Freien Sparkassen – hat gemäß seiner Satzung neben der „Förderung des Spargedankens und Sparkassenwesens im Allgemeinen“ vor allem die Aufgabe, die besonderen Interessen seiner Mitglieder zu fördern und zu unterstützen. Diese leiten sich aus der Entstehungsgeschichte und dem rechtlichen Status der Freien Sparkassen ab.

mit einer öffentlich-rechtlichen Sparkasse hervorging.

Die Gruppe der im Verband der Freien Sparkassen zusammengeschlossenen Institute repräsentiert ca. 5% des addierten Bilanzvolumens aller Sparkassen in Deutschland.

Aufgrund ihres privaten Status gelten für die Freien Sparkassen bestimmte, in den Sparkassengesetzen der Bundesländer enthaltene geschäftspolitische Restriktionen, etwa das Regionalprinzip, grundsätzlich nicht. Gleichwohl haben sich einige der Freien Sparkassen freiwillig vergleichbaren Regelungen

Verbandsaufgaben

Besonderheiten der Freien Sparkassen

Die ersten deutschen Sparkassen wurden Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts als freie Sparkassen von sozial engagierten Privatpersonen gegründet. Später folgten zahlreiche Städte und Kreise mit eigenen Sparkassengründungen, so dass in Deutschland heute zwei eigenständige Sparkassenformen existieren. Am 31.12.2009 gab es in der Bundesrepublik Deutschland sechs freie Sparkassen, die vom gemeinnützigen Engagement getragen werden. Auch ein öffentlich-rechtliches Institut, die Sparkasse Westholstein, gehört zum Verband der Freien Sparkassen, da diese aus der Fusion einer freien Sparkasse

unterworfen und Vereinbarungen mit den zuständigen Sparkassen- und Giroverbänden getroffen.

Trotz dieser Unterschiede sind die Freien Sparkassen Teil der deutschen Sparkassenorganisation und Mitglieder des DSGV, da sie – wenn auch auf anderer organisatorischer Basis und durch autonome Satzungsgestaltung – die gleichen gemeinnützigen Ziele verfolgen. Außerdem sind sie wie die Kommunalsparkassen „öffentliche“, d.h. „der Öffentlichkeit dienende“ mündelsichere Sparkassen. Dabei ist unter Gemeinwohlorientierung bei allen Sparkassen gleichermaßen die breite Förderung der Lebensqualität der Menschen in ihrem Geschäftsgebiet zu verstehen.



Europäische Kooperation

Zu den traditionellen Verbandsaufgaben gehört die Förderung der grenzüberschreitenden Kooperation der Freien Sparkassen Europas. Inzwischen sind 36 freie Sparkassen aus neun europäischen Ländern und der schwedische Verband Sparbankernas Riksförbund außerordentliche Mitglieder des Verbandes der Freien Sparkassen. Die Gruppe der außerordentlichen Mitglieder setzt sich aus Sparkassen von ganz unterschiedlicher Größenordnung zusammen. Damit bietet der Verband den Mitgliedsinstituten eine breite Plattform für die Diskussion und den Austausch übergreifender Geschäftsinteressen und Anliegen, die gerade im Hinblick auf den gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum an Relevanz gewinnen.

Da die europäischen Freien Sparkassen eine große Vielfalt in Bezug auf ihre rechtlich-organisatorische Struktur sowie auf ihre geschäftspolitische Ausrichtung aufweisen, sind sie für die Geschäftstätigkeit der deutschen Mitgliedssparkassen von großem Interesse. Ferner ist der Zusammenschluss der Freien Sparkassen auch ein Forum, das die Anknüpfung und Intensivierung von grenzüberschreitenden Geschäftsbeziehungen erleichtern soll. Daher sieht der Verband in der Verbreiterung der Mitgliederbasis in Europa eine wichtige Aufgabe, um den Freien Sparkassen im „Binnenmarkt“ Europa ein noch stärkeres Gewicht zu verleihen.

Intensive Öffentlichkeitsarbeit

Der Verband der Freien Sparkassen setzt sich speziell dann für die Interessen seiner Mitgliedsinstitute ein, wenn wegen der privaten Rechtsform andere Beurteilungen und Lösungen als bei öffentlich-rechtlichen Sparkassen erforderlich sind. Aufgrund des intensiven Meinungs- und Informationsaustausches mit den Mitgliedssparkassen im europäischen Ausland kann der Verband zudem auf vielfältige Erfahrungen der privaten Mitgliedsinstitute zurückgreifen. Er vertritt die Verbandsmeinung sowohl innerhalb des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes als auch unmittelbar gegenüber staatlichen Stellen und in der Öffentlichkeit.

Rechtsform

Der Verband der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen e.V., gegründet 1920, besitzt die Rechtsfähigkeit nach § 21 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Mitglieder

Im Berichtsjahr gehörten dem Verband sechs deutsche freie Sparkassen, d.h. kommunal nicht gebundene Institute, sowie eine deutsche öffentlich-rechtliche Sparkasse, die aus einer freien Sparkasse hervorgegangen ist, als ordentliche Mitglieder an. Als außerordentliche Mitglieder waren dem Verband im Jahr 2009 36 freie

Wolfgang Pötschke, Lübeck

1. stellv. Verbandsvorsteher
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse zu Lübeck AG

Dr. Harald Vogelsang, Hamburg

2. stellv. Verbandsvorsteher
Vorstandssprecher Hamburger Sparkasse AG
und der Haspa Finanzholding

Dr. Markus Limberger, Linz

Außerordentliches Mitglied des Verbands-
vorstandes mit beratender Stimme
Vorstandsvorsitzender
Allgemeine Sparkasse
Oberösterreich Bankaktiengesellschaft



Verbandsorganisation

Sparkassen aus 11 weiteren Ländern Europas und der Verband der schwedischen Sparkassen, Sparbankernas Riksförbund, angeschlossen.

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung setzt sich aus Vertretern der Mitgliedssparkassen zusammen. Außerordentliche Mitglieder haben kein Stimmrecht.

Vorstand

Präsident Dr. Tim Nesemann, Bremen
Verbandsvorsteher
Vorsitzender des Vorstandes
Die Sparkasse Bremen AG
und Finanzholding
der Sparkasse in Bremen

Mitgliedschaften

Der Verband der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen e.V. ist außerordentliches Mitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V., Mitglied der Wissenschaftsförderung der Sparkassenorganisation e.V. sowie Mitglied der Sparkassenstiftung für internationale Kooperation.

Impressum

Verband der Deutschen Freien
Öffentlichen Sparkassen e.V.

Sitz: Frankfurt am Main
Geschäftsstelle: Bremen

Postanschrift:
Am Brill 1-3
28195 Bremen
Telefon: (+49) 421 179 1933
Telefax: (+49) 421 179 3653

Internet:
www.verband-freier-sparkassen.de

E-Mail:
info@verband-freier-sparkassen.de

Druck:
Schintz Druck, Bremen

Fotos in diesem Bericht mit freundlicher Genehmigung
von pixelio.de

**Verband der Deutschen Freien
Öffentlichen Sparkassen e.V.**

Geschäftsstelle Bremen
Am Brill 1-3
28195 Bremen

Telefon: (+49) 421 179 1933
Telefax: (+49) 421 179 3653